Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 110 000 Mark. In den Ausgabestellen monatl. 100 000 Mk. Bei Postbezug monatl. 110 500 Mk. Unter Streifband in Polen monatlich 350 000 Mk., Danzig 1 Guld. Ausland nach Tageskurs. Einzelnummer 8000 M., Sonntagsnummer 10 000 M. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörg., Arbeitsniederlegung od. Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferg. der Zeitg. od. Rückzahlg. des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 12000 Mark, die 90 mm breite Reklamezeile 60000 M. Danzig 10 bzw. 50 Dz.Pf. Deutschland ohne Aufschlag, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 20 000 Mk. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 259. Bromberg, Dienstag den 13. November 1923. **47. Jahrg.**

Diktator Seeckt.

In Berlin ist ein wilder Zeitungsstreik ausgebrochen, der allerdings unmittelbar vor dem Zusammenbruch steht. Am Sonnabend abend und Sonntag morgen sind nur der sozialistische „Vorwärts“ und die deutschvölkische „Deutsche Zeitung“ erschienen. Neben der amtlichen polnischen Telegraphenagentur entnehmen wir diesen beiden Berliner Antipoden das Nachrichtenmaterial über die Vorgänge in Deutschland.

Der Chefredakteur der „Deutschen Ztg.“, der frühere sozialistische Pfarrer Maurenbrecher, stellt fest, daß der Hitler-Putsch folgendes erreicht habe:

„Einmal, der Parlamentarismus ist in diesen 48 Stunden für Deutschland endgültig erledigt worden. Die Parlamente haben in der entscheidenden Stunde nicht nur keine Kraft gehabt, dem Unheil zu steuern; sie haben sich überhaupt nicht gerührt! Weder vom Reichstag noch vom Bayerischen Landtag ist in diesen zwei Tagen überhaupt auch nur die Rede gewesen. Ebenso wie schon vor einer Woche der Sächsische Landtag schlechthin unfähig war, von sich aus eine selbständige Bedeutung in dem Streit zwischen Reichsregierung und sächsischer Landesregierung zu behaupten. Parlamente haben ihr Recht als Kontrolle für eine festgegründete Regierung, aber sie haben in sich keine Macht, um eine Regierung aus eigener Kraft aufzurichten oder zu erhalten.

Darum, und das ist die andere Tatsache, die sich aus der Sturzwelle als bleibendes Ergebnis heraushebt, darum mußten die parlamentarisch gewählten Regierungen sich unbedingt der Wehrmacht unterordnen. Die Wehrmacht allein ist heute der Träger des Staates, der Halt der Verfassung und der eiserne Reif, der die Nation vor dem Zusammenfallen bewahrt. Als es hart auf hart ging, retteten sich Kahr und Lossow in die Kaserne der Reichswehr. Und Ebert und Stresemann übertrugen die ganze Gewalt dem Chef der Heeresleitung, dem General von Seeckt.

Nun erst haben wir die Militärdiktatur in reiner Gestalt. Bisher war das, was man vorwegnehmend als Militärdiktatur zu bezeichnen liebte, in Wahrheit noch nicht völlig da. Träger der Diktatur war nicht der Chef der Wehrmacht, sondern der Reichswehrminister, der für seine Person ein Zivilist und ein Politiker ist. Der Reichswehrminister aber blieb abhängig vom Reichskabinett, abhängig auch von seiner Fraktion, die ihn jeden Augenblick veranlassen konnte, aus dem Kabinett zurückzutreten, und abhängig schließlich vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten, der die Verordnung vom 26. September jeden Augenblick wieder zurückziehen konnte, wie er es ja in der Nacht zum 9. November auch ohne weiteres getan hat. Jetzt aber ist der Chef der Heeresleitung Diktator im eigentlichen Sinne des Wortes. Der Reichspräsident hat die volle Befehlsgewalt über die Reichswehr dem Chef der Heeresleitung übertragen. Dieser ist nun in militärischen Fragen freier Herr seiner Entschlüsse, ohne irgend jemandem Rechenschaft schuldig zu sein. Ja, es würde der Übertragung der Befehlsgewalt schlechthin widersprechen, wenn der Reichspräsident nachträglich behaupten wollte, er habe sich selbst diese Befehlsgewalt wenigstens insoweit vorbehalten, daß er die Übertragung jeden Augenblick wieder rückgängig machen könne. Die Übertragung ist einmal geschehen und kann ihrer Natur nach nicht wieder zurückgenommen werden. — Bleibt somit die selbständige Befehlsgewalt des Chefs der Heeresleitung über die Reichswehr als Dauereinrichtung bestehen, so hat derselbe Chef der Heeresleitung die volle Zivilgewalt auf Grund der Verordnung vom 26. September in der abgeänderten Form vom 9. November, die ihm an Stelle des Reichswehrministers diese Gewalt im Reich und in den Ländern übergab. Alle Regierungsstellen, einschließlich der Reichsministerien selbst, sind damit ihres selbständigen Charakters entkleidet. Sie sind Verwaltungsstellen, die nach dem Willen des Chefs der Heeresleitung die Geschäfte im einzelnen zu führen haben.

Nun hat Deutschland die Militärdiktatur, und es könnte vergleichsweise nebensächlich erscheinen, wie der Reichskanzler heißt. Wer kennt die Namen der Konsuln, die in den Jahren amtierten, wo Pompejus oder Caesar das Imperium trugen! Die große Frage der Zukunft ist aber noch die, ob die Militärdiktatur in sich die Fähigkeit hat, zur nationalen, zur völkischen Diktatur zu werden. Andernfalls bleibt die Periode der Herrschaft des Generals von Seeckt dem kurzen Zeitraum vergleichbar, in dem einst Hannibal als siegreicher Feldherr den karthagischen Staat zu beherrschen vermochte. Da der Krämergeist, die Verweichlichung und Erschlaffung bei den Phöniziern doch schon zu weit vorgeschritten war, so brach auch Hannibals Macht schließlich zusammen, und nur noch Schutt und Trümmer bezeichneten später die Stelle, an der ein gefürchtetes Staatswesen gestanden hatte. Will der General von Seeckt mehr sein als ein Aufhalter des Verfalles für wenige Wochen, so muß er mit dem Gedanken ernst machen, seiner Diktatur einen Inhalt zu geben, der dem Inhalt der letzten fünf Jahre schlechthin entgegengesetzt ist.

Aus den Sejmkommissionen.

In der Freitagsitzung der Budgetkommission stellte Abg. Rudzinski (Wyzwolenie) den Antrag auf Vertagung der Sitzung. Da der Antrag nicht durchging, verließen die Abgeordneten der Wyzwolenie-Gruppe, der Poln. Sozialistischen Partei und der Nat. Einheit den Saal. Von den Oppositionsparteien verblieben im Saal nur die nationalen Minderheiten.

Die Finanzkommission des Sejm nahm in ihrer letzten Sitzung in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Valorisierung der Steuern an. Von den wichtigsten Änderungen, die angenommen wurden, ist die Erweiterung des Art. 11 von besonderem Interesse, wonach die Festsetzung und Erhebung der Gebühren auf der Eisenbahn, Post und Telegraphie sowie sämtlicher anderer Tarifsätze auf Grund des Goldfranken erfolgen soll.

In der gemeinsamen Sitzung der Verfassungs- und der Verwaltungskommission des Sejm wurde in dritter Lesung der Gesetzentwurf über die Durchführung der Reorganisation der Verwaltung aus Sparsamkeitsrücksichten durchgesprochen. Der Entwurf gibt der Regierung sehr weitgehende Vollmachten und begegnete scharfen Angriffen von seiten der Linken. Die Anträge der Linken, über den Entwurf zur Tagesordnung überzugehen, wurden von der Rechten abgelehnt.

Das Mieterschutzgesetz in der Kommission.

Warschau, 9. November. (PAT.) Die Rechtskommission des Sejm setzte in Gegenwart von Regierungsvertretern die Beratung über die Art der Umrechnung der Vorkriegsmiete in polnische Mark fort. Der Entwurf nimmt als Grundlage für die Berechnung für den Januar 1924 den Teuerungsindex der letzten Woche des Oktober d. J. in Aussicht. Dieser Index beträgt im Verhältnis zum Juni 1914 216 805. Demnach sieht der Entwurf die Berechnung für den Januar 1924 für 1 Rubel 466 000 pM., für 1 deutsche Mark 216 000 pM., für 1 österreichische Krone 180 000 pM. vor. Nach diesen Sätzen hätten die Mieter 5 und 10 resp. 20 % der Vorkriegsmiete zu zahlen, je nach der Größe und Art der Wohnung. Zu diesen Beträgen werden zugerechnet die Zuschläge für die nächsten Monate. Die Beträge der Januarmiete werden berechnet nach der Teuerungszunahme, die ihren Ausdruck findet in der Erhöhung der Beamtengehälter und der Bezüge anderer Angestellten. Darauf wurde die 2. Lesung geschlossen; die dritte findet am Mittwoch statt.

Das Drama im Bürgerbräukeller

Eine amtliche bayerische Darstellung.

Die Korrespondenz Hoffmann veröffentlicht nachfolgende amtliche Erklärung über den Hitler-Putsch:

In den letzten Wochen hat Hitler in Besprechungen mit General v. Lossow und Oberst v. Seißer wiederholt freiwillig und ohne jeden Zwang zugesichert, daß er loyal sei und nichts unternehmen werde, ohne vorher die genannten Herren in Kenntnis gesetzt zu haben. In gleicher Weise hat General Ludendorff dem General v. Lossow und dem Obersten v. Seißer in feierlicher Weise Loyalität zugesichert und hinzugefügt, wenn die Wege der Herren nicht mehr zusammen gehen könnten, so würde das Loyalitätsverhältnis freundschaftlich aufgekündigt werden. Erst dann sollte jeder die Wege gehen können, die zu gehen er nach seinem Gewissen für notwendig halte.

Am Dienstag, 6. November, nachmittags, legte der Generalkommissar vor den versammelten Führern der vaterländischen Verbände und des Kampfbundes seine Auffassung der Lage dar und gab zugleich den bestimmten Willen kund, denselben Zielen wie die vaterländischen Verbände zuzustreben. Dabei wurden die Führer ausdrücklich vor Putschen gewarnt, mit dem Hinweis, daß gegen solche mit militärischen Mitteln eingeschritten werden müßte.

Am 8. November, nachmittags von 5 bis 5.30, fand eine Besprechung zwischen Exzellenz v. Kahr, General Ludendorff, General v. Lossow und Oberst v. Seißer im Generalstaatskommissariat statt. Bei dieser Besprechung wurde Einheitlichkeit in bezug auf die erstrebenswerten Ziele festgestellt, wenn auch General Ludendorff in bezug auf das Tempo drängte, angesichts der großen Notlage, in der sich weite Kreise des deutschen Volkes befänden.

Wenige Stunden später, gegen ½9 Uhr abends, erfolgte in der überfüllten Versammlung im Bürgerkeller, während Exzellenz v. Kahr seine angekündigte Rede hielt, **ein verbrecherischer Überfall durch Hitler mit einem stark bewaffneten Anhang, wobei Kahr, Lossow und Seißer mit vorgehaltener Pistole gezwungen wurden, an der Verwirklichung der von Hitler schon lange gehegten Pläne, namentlich der Aufstellung einer Reichsdiktatur Hitler-Ludendorff, mitzutun.** Jedermann, der Zeuge dieses an sich schon überaus häßlichen, in Anbetracht der gegebenen Versprechungen und Zusagen doppelt niederträchtigen Überfalls war, mußte das Verächtliche und Verabscheuungswürdige dieser Tat empfinden, sofern er über die hier dargestellte Vorgeschichte unterrichtet war.

Wenn Kahr, Lossow und Seißer unter dem Zwang der Verhältnisse die von ihnen erpreßte Erklärung abgaben, so geschah dies, weil die Herren von der Überzeugung erfüllt waren, daß nur in einem einheitlichen Zusammengehen und Vorgehen dieser drei Personen noch die Möglichkeit gelegen war, die Staatsautorität innerhalb Bayerns aufrecht zu erhalten und das Auseinanderfallen aller Machtmittel zu verhindern. Aus diesen Erwägungen allein haben Kahr, Lossow und Seißer es über sich gebracht, die ihnen unter brutaler Vergewaltigung angesonnene Zumutung mit scheinbarer Zustimmung zu beantworten, um die Freiheit des Entschlusses und Handelns wieder zu gewinnen. Die im Saal dicht gedrängte Menge benahm sich bis zum letzten Augenblick mustergültig. Der allgemeine Unwille, der beim Auftreten Hitlers im Saal deutlich wurde, legte sich erst, als die Parole ausgegeben wurde, die Aktion richte sich nicht gegen Kahr. Da das Publikum über die Umstände, unter denen die Vergewaltigung in einem anderen Raume vor sich ging, nicht unterrichtet war, nahm es die späteren gemeinsamen Erklärungen zwar zum größten Teile mit Erstaunen, doch auch mit einer gewissen Befriedigung auf, weil es an eine freiwillige Übereinstimmung und Einigung glaubte. Nach diesem Vorgehen wurden im Saale, von den meisten unbemerkt, mehrere Personen von den bewaffneten Nationalsozialisten festgenommen, darunter auch die Minister Dr. v. Knilling, Schweyer, Gürtner und Wutzlhöfer. Nachmittags war beim Stab des Generalstaatskommissars noch nicht bekannt, wohin die Minister gebracht worden sind. Es heißt, sie seien wohlbehalten in einer Privatwohnung in Bogenhausen, in einer Art Schutzhaft. Von Hitler wurde im Saale verkündet, **das Kabinett Knilling sei abgesetzt, als Landesverweser werde Exzellenz von Kahr fungieren, bayerischer Ministerpräsident solle Poehner werden, die Reichsregierung und Präsident Ebert seien abgesetzt, eine deutsche Nationalarmee werde gebildet und**

Mark und Dollar am 12. Novbr.
(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)
Danziger Börse
1 Dollar = 1 850 000 p. M.
1 Dollar = 1½ Billionen d. M.
Warschauer Börse
1 Dollar = 1 800 000 p. M.
1 Danz. Gulden = ca. 300 000 p. M.

General Ludendorff unterstellt. Reichswehrminister und militärischer Diktator werde General von Lossow, während Oberst Seißer Reichspolizeiminister sein solle. „Die Leitung der Politik übernehme ich!“ sagte Hitler. Es werde nun der Kampf gegen Berlin aufgenommen werden.

Exzellenz v. Kahr gab darauf die folgende Erklärung ab: „In des Vaterlandes höchster Not übernehme ich die Leitung der Staatsgeschäfte als Statthalter der Monarchie. (Stürmisches Bravo!), der Monarchie, die heute vor fünf Jahren so schmählich zerschlagen wurde. Ich tue dies schweren Herzens und, wie ich hoffe, zum Segen unserer bayerischen Heimat und unseres lieben deutschen Vaterlandes. (Brausende Zustimmung der Versammlung.)

Auch die übrigen auf dem Podium Stehenden gaben Erklärungen ab, die bei den Herren v. Lossow und von Seißer sichtlich dem Bestreben entsprangen, aus der Situation herauszukommen, denn es war bei Kahr, Lossow und Seißer gemeinsame Überzeugung, daß nur in der Überwindung der aufgezwungenen Situation die Möglichkeit zu gemeinsamem Handeln und damit auch zur Rettung Bayerns und Deutschlands vor unausdenkbarem Unheil gegeben sei. Auf diese Weise gelang es dem Generalstaatskommissar, dem Wehrkommandanten und Polizeiobersten die Bewegungsfreiheit wieder zu gewinnen, die im ersten günstigen Augenblick dazu benutzt wurde, um in der Kaserne des 19. Infanterieregiments in Oberwiesenfeld die Regierungsgewalt wieder in die Hand zu nehmen, sofort die Truppen und die Polizeiwehr zu mobilisieren und Verstärkungen aus den Standorten der Umgebung heranzuziehen. Es wurde auch sofort für Aufklärung nach außen gesorgt.

Am frühen Morgen wurde die Verbreitung folgenden Aufrufs durch die Münchener Presse veranlaßt:

„Trug und Wortbruch ehrgeiziger Gesellen haben aus einer Kundgebung für Deutschlands nationales Wiedererwachen eine Sache widerwärtiger Vergewaltigung gemacht. Die mir, General v. Lossow und dem Obersten Seißer mit vorgehaltener Pistole erpreßten Erklärungen sind null und nichtig. Ein Gelingen des sinn- und ziellosen Umsturzversuches hätte Deutschland mitsamt Bayern in den Abgrund gestoßen. An der Treue und dem Pflichtbewußtsein der Reichswehr und der Landespolizei ist der Verrat gescheitert. Auf diese Getreuen gestützt, ruht die vollziehende Gewalt fest in meiner Hand. Die Schuldigen werden rücksichtslos der verdienten Strafe zugeführt. Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, die Bünde Oberland und Kriegsflagge sind aufgelöst. Unbeirrt durch Unverstand und Tücke werde ich mein deutsches Ziel verfolgen: Unserem Vaterland die innere Einheit zu erringen.

München, 9. November 1923. gez. v. Kahr.

*

Hitler verwundet und entflohen — Ludendorff aus der Haft entlassen.

München, 10. November, vorm. 10. Uhr. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) **General Ludendorff, der bei der Erstürmung des Wehrkreiskommandos gestern gefangen genommen war, ist bereits am Abend gegen die Abgabe der ehrenwörtlichen Verpflichtung, an der Bewegung nicht weiter teilzunehmen, entlassen worden. Hitler, der durch einen Schuß in den Oberarm verwundet ist, konnte entfliehen. Seine Truppen haben sich in der Richtung auf Rosenheim zurückgezogen. Bei den Kämpfen sind auf seiten der Nationalsozialisten u. a. gefallen Dr. v. Scheubner-Richter, Freiherr Theodor von der Pfordten, Ing. v. Strantzky. In Schutzhaft befinden sich der frühere Polizeidirektor von München Poehner und der Fürst Wrede. Die von den Nationalsozialisten festgenommenen Stadträte sowie der Bürgermeister Schmid befinden sich wieder in Freiheit. Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei dankte in einer gestrigen Fraktionssitzung dem Generalstaatskommissar und sprach den Wunsch aus, das Generalstaatskommissariat baldigst wieder aufzuheben. Der Ältestenausschuß des Landtags wird schleunigst zusammentreten, um sich über den Zusammentritt des Landtags schlüssig zu werden. In München ist heute alles ruhig. Der „Völkische Beobachter“ und „Heimatland“ wurden verboten.**

*

Der Straßenkampf am 9. November.

Über die Vorgänge am 9. November berichtet WTB., daß Freitag mittag Trupps in den Rathaussaal eindrangen und die Hissung der schwarzweißroten Fahne verlangten, was von den anwesenden sozialdemokratischen und kommunistischen Stadträten verweigert wurde. Bewaffnete Nationalisten verhafteten darauf den sozialdemokratischen Bürgermeister Schmid und mehrere Stadträte der Linksparteien, die im Auto abgeführt wurden. Die Säuberungsaktion von seiten der Reichswehr und der Landespolizei wurde um 11 Uhr vormittags aufgenommen, wo in vollständig kriegsmäßiger Ausrüstung die Truppen in die innere Stadt vorrückten. Um 12½ Uhr hatten diese die Ludwigstraße erreicht. Hinter einem Drahtverhau hatten sich vor dem Kriegsministerium Truppen des Kampfbundes

verschanzt. Während an dieser Stelle von den Offizieren gegenseitig vereinbart war, nicht zu schießen, kam es fast zu der gleichen Zeit vor der ehemaligen Residenzwache bei der Feldherrnhalle zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Schutzpolizei. Dort marschierte, geführt von Hitler und General Ludendorff, ein Trupp Nationalsozialisten heran. Eine Absperrungskette der Landespolizei ließ den Zug nahe herankommen. Als Hitler den Schutzpolizisten zurief, sie sollten sich ergeben, wurde von einem Teil der Leute dieser Aufforderung Folge geleistet, während der Rest von der Schußwaffe Gebrauch machte. In dem Augenblick stürzte die vordere Reihe des Hitler-Zuges im Feuer zusammen. Hitler ergriff, von einer Kugel leicht verwundet, die Flucht; Ludendorff wurde gefangengenommen. Die Verwirrung wurde noch größer, als das vor der Feldherrnhalle stehende Panzerauto noch Maschinengewehrfeuer auf die Menge richtete. Als die Straße leer war, sah man erst, wie viele Opfer das Feuer gefordert hatte.

Über das Verhalten der Hitler-Truppen wird bekannt, daß sich die Nationalsozialisten, soweit sie nicht entwaffnet wurden, gegen den Osten der Stadt zurückziehen in Richtung Stadelheim. In verschiedenen Vororten der Stadt wurden kleinere Abteilungen von Hitler-Leuten entwaffnet.

*

Stimmungsumschwung.

Die Münchener Bevölkerung für Hitler.

München, 10. November, abends 7½ Uhr. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Es wäre falsch, zu glauben, daß Hitler ausgespielt hat. Im Gegenteil; **der größte Teil der Münchener Bevölkerung hat entschieden Hitlers Partei ergriffen und verurteilt das „verräterische“ Verhalten Kahrs.** Die Stimmung für Hitler, dessen Aufenthalt zurzeit nicht bekannt ist, ist seit Freitag nachmittag gewaltig gewachsen. Überall auf den Straßen, im Zentrum der Stadt, wo es am heutigen Sonnabend wieder außerordentlich lebhaft zugeht, ergreifen die Leute unter dem Einfluß von Agitatoren die Partei des Flüchtlings. Polizei und **Lossow-Truppen haben Mühe, die Ordnung auf den Straßen aufrechtzuerhalten** und Ausschreitungen zu verhüten. Kahr selbst ist vollkommen im Bilde über diesen Stimmungsumschwung. In einer Pressekonferenz am Sonnabend vormittag sagte er ohne Umschweife: „Ich weiß, daß ich, was meine Person anlangt, das Vertrauen in weiten Kreisen vollständig verscherzt habe.“ In derselben Besprechung nannte der Generalstaatskommissar die Aktion Hitlers einen „Pistolenüberfall nach Banditenart“ und eine „verbrecherische Komödie“. Wörtlich führte er aus: „Uns dreien, Lossow, Seißer und mir, war bereits im Augenblick des Überfalles völlig klar, daß die von Hitler und Ludendorff unter Mitwirkung von Poehner eingeleitete Unternehmung in wenigen Tagen vollständig zusammenbrechen mußte, politisch und wirtschaftlich. **Ich wußte auf Grund meiner vorangegangenen weitgehenden und eingehenden Erkundigungen,** von denen ich auch den Führern der vaterländischen Verbände Kenntnis gegeben hatte, **daß bei allen maßgebenden Verbänden in Deutschland die Dinge nicht so liegen, wie Hitler und die Seinen sich das vorgestellt haben.** Und dann wußte ich auch, daß Ludendorff in Norddeutschland von einem großen Teil der vaterländischen Kreise abgelehnt wird, schon wegen der außenpolitischen Wirkung. Ich wußte weiter, daß Hitler in Norddeutschland einen kaum nennenswerten Anhang besitzt und fast einhellig nicht bloß abgelehnt, sondern direkt bekämpft wird. Es war mir auch bekannt, daß in den norddeutschen vaterländischen Kreisen über die Führung und die Wege noch große Uneinigkeit herrscht.“

Die Gefahr, die in der Parteinahme der Volksmeinung für Hitler und seine Sache liegt, ist — so berichtet der Vertreter des „Vorwärts“ weiter — im jetzigen Augenblick deshalb noch nicht akut, weil sich noch keine Führer und keine Organisation oder Partei offiziell zur Verteidigung Hitlers und seines Putsches aufgeschwungen hat. Es ist allerdings kein Geheimnis, daß die vaterländischen Verbände unter Führung des Professors Bauer nahe daran sind, Kahr als ihrem Ehrenvorsitzenden einen Absagebrief zu schreiben und mehr oder weniger offen ins Lager der Putschisten abzuschwenken.

Seit Freitag abend werden fieberhaft Verhandlungen gepflogen in der Erkenntnis, daß von einer solchen Entwicklung vieles, wenn nicht alles abhängt. Diese Gefahr ist um so größer, weil mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß der von gewissen Beratern sehr beeinflußbare Generalstaatskommissar seine angeblich legalen Diktaturvollmachten wesentlich erweitert und jetzt unter Ausschaltung der Regierung und des Landtages

eine wirkliche „nationale“ Diktatur

aufrichtet. Daß starke Kräfte in diese Richtung drängen, ist bekannt. Es wäre aber verkehrt, diese Kräfte etwa im Lager der Bayerischen Volkspartei (d. i. das bayerische Zentrum) zu suchen. Im Gegenteil; gerade hier hat man diese Gefahr wohl erkannt und versucht bereits alles, um sie zu bannen.

*

Die Studenten gegen Kahr.

Am Sonnabend nachmittag hatte der Hochschulring deutscher Art die Studenten ohne Erlaubnis des Rektorats in den Lichthof der Universität gerufen. Uniformierte Nationalsozialisten forderten am Eingang die Studentenausweise. Mit minutenlangen Niederrufen gegen Kahr und Hochrufen auf Hitler begann die Versammlung, wobei den Studenten die Hüte von den Köpfen geschlagen wurden. Zwei Redner, von denen der eine der „kämpfenden Brüder bei Ramersdorf“ gedachte, kennzeichneten unter dem Beifall der Versammelten den Zweck der Veranstaltung: **Brandmarkung des schmachvollen Verrats von Kahr und Aufruf zum Einrücken in die Kampffront.** Nun kam der Rektor v. Kraus in die Versammlung, wobei ihm entgegengerufen wurde: Schmeißt ihn von der Galerie! Er mahnte, die akademische Würde zu bewahren und erinnerte daran, daß sich die anwesenden Studenten auf die Gesetze der Universität verpflichtet hätten. Seine Rede ging aber unter in Niederrufen, und er mußte abtreten. Ein Burschenschaftler forderte unter stürmischen Pfuirufen auf Kahr zur Teilnahme der Studentenschaft an dem Begräbnis der „gefallenen Brüder vom Freitag“ auf und verlangte, daß am Begräbnistage auf der Universität die schwarzweißrote Fahne gehißt werde. Nach weiteren Angriffen auf Kahr wurde eine Resolution vorgelegt, die dem Generalstaatskommissar in den schärfsten Worten die Mißbilligung der völkischen Studenten ausspricht. Jetzt wurde der Rektor wieder zugelassen. Er sicherte die Hissung der schwarzweißroten Fahne zu, die auch seine Fahne sei und versprach, die Erlangung der Erlaubnis von Kahr zu erwirken. Er könne die Erregung der Studenten um so mehr begreifen, als sein Sohn an den gestrigen Kämpfen teilgenommen habe. Auch erteilte er nachträglich die Genehmigung zur Versammlung und versprach, der Polizei nicht die Namen der Einberufer zu nennen.

*

München, 10. November. (Eca.) **Die Erregung in der Stadt dauerte bis in die Abendstunden an. Der Verkehr in den Straßen der inneren Stadt ist jetzt, vor Beginn der Sperrzeit, äußerst bewegt. Die Anhänger Hitlers werden vielfach vom Publikum mit Hochrufen begrüßt. Die Geschäftsräume der „Münchener Neuesten Nachrichten“, die in einem Artikel gegen den Hitlerschen Putschversuch Stellung genommen haben, werden durch eine Abteilung der Schutzpolizei bewacht. Von den Anhängern Hitlers werden Flugblätter verteilt mit der Überschrift: Wir wollen Hitler! Wir wollen nicht den Verräter Kahr! Der Odeonplatz vor der Residenz wurde von der Schutzpolizei geräumt und abgesperrt.**

Frankreich gegen die „nationale Diktatur“.

Stresemanns Antwort.

Berlin, 10. November. Wie nach unseren bereits mitgeteilten Meldungen zu erwarten stand, erschien der französische Botschafter beim Reichskanzler und teilte mit, daß der französische Ministerpräsident, „obwohl es ihm völlig fernliege, sich in irgendwelche innerdeutsche Verhältnisse einzumischen“, sich veranlaßt sehe, auf die Beunruhigung hinzuweisen, die in Frankreich durch Gerüchte über politische Vorgänge in Deutschland entstanden sei. Die Gerüchte besagten, daß bei einem Erfolg gewisser Bestrebungen eine Rechtsdiktatur zu erwarten sei; in diesem Falle müsse, nach bisherigen Äußerungen führender Persönlichkeiten der deutschen Rechten, mit einer Zerreißung des Versailler Friedensvertrages und der Vorbereitung eines deutschen Revanchekrieges gerechnet werden.

Nachdem der Reichskanzler „davon Kenntnis genommen hatte, daß dem französischen Ministerpräsidenten jeder Versuch einer Einwirkung auf innerdeutsche Verhältnisse fernliege“, betonte er, den Bestrebungen einzelner deutscher Länder, die auf eine größere Selbständigkeit im Rahmen des Deutschen Reiches hinzielten, stehe die Reichsregierung selbst nicht unsympathisch gegenüber. Wenn im übrigen die extremen Parteien links und rechts an Boden gewännen, so sei das eine Folge der verzweifelten Lage, in die Deutschland geraten sei und der gerade der französische Ministerpräsident die Macht habe, zu steuern.

Die heftigsten Angriffe, die gegen die Reichsregierung von radikaler Seite geführt würden, beruhten darauf, daß heute, sechs Wochen nach Abbruch des passiven Widerstandes, das ganze Wirtschaftsleben an Rhein und Ruhr schwerer daniederliege als vor dieser Zeit, und daß gleichzeitig die finanzielle Lage Deutschlands noch katastrophaler geworden sei. Der französische Ministerpräsident möge sich darüber klar werden, daß die Reichsregierung nach der Einführung einer festen Währung nicht mehr in der Lage sein werde, die bisherigen gewaltigen Summen für Rhein und Ruhr aufzubringen, wodurch ihre Bestrebungen, das Reichsbudget ins Gleichgewicht zu bringen, gänzlich zunichte werden würden.

Die Münchener Vorgänge hätten gezeigt, daß die Regierungen genügende Kraft und Autorität besitzen, um gewaltsamer Bewegungen Herr zu werden. **Der französische Ministerpräsident müsse aber bedenken, daß derartige Bewegungen gar nicht zum Ausbruch kommen würden, wenn nicht seit dem Friedensschluß jede deutsche Regierung, gleichgültig auf welchem politischen Standpunkt sie gestanden habe, vergeblich um erträgliche Bedingungen gekämpft habe und von einem außenpolitischen Mißerfolg zum anderen getrieben worden wäre.**

*

Der sozialistische „Vorwärts“ schreibt im Zusammenhang mit den Vorstellungen der französischen Regierung über die politischen Vorgänge in Deutschland:

„Mit Erstaunen hat man bei dieser Gelegenheit erfahren, daß die französische Regierung nun auf einmal den Wunsch hegt, das demokratische Regime in Deutschland befestigt zu sehen. Bisher hat sie alles getan, um dieses demokratische Regime zu untergraben; bisher war sie die beste Förderin der nationalistischen Verzweiflungsstimmungen und der reaktionären Bestrebungen, und wir haben bisher angenommen, daß sie diese Strömungen bewußt fördert, weil sie in ihnen für ihre Zerstörungsabsichten die besten Helfer erblickt. Ihre Sorge um einen Patienten, den sie krank gemacht und dann immer noch als einen Simulanten behandelt hat, wirkt daher einigermaßen befremdlich. Will die französische Regierung dem demokratischen Regime in Deutschland helfen, so möge sie von der Politik der grausamen Knechtung ablassen, die sie bisher Deutschland gegenüber betrieben hat, dann kann sie die Sorge um die deutsche Republik den deutschen Republikanern überlassen.“ —

Ablehnung der Militärkontrolle.

Aus Berlin wird gemeldet:

Vor einiger Zeit fand zwischen der Botschafterkonferenz und der Reichsregierung ein Notenwechsel über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle statt, der aber in beiderseitigem Einverständnis nicht veröffentlicht worden ist. In einer neuen Note verlangte die Entente jetzt wieder die Militärkontrolle. Diese beiden Noten hat der deutsche Geschäftsträger in Paris am 10. d. M. weisungsgemäß folgendermaßen beantwortet:

„Im Auftrage meiner Regierung beehre ich mich, der Botschafterkonferenz auf die Note vom 3. November folgendes ergebenst zu erwidern:

Nachdem die Botschafterkonferenz mit Note vom 3. v. M. unter Hinweis auf die schweren Folgen, die im Falle der Aufrechterhltung des bisherigen Standpunktes eintreten könnten, das Verlangen gestellt hatte, daß die Wiederaufnahme der Kontrollhandlungen durch die interalliierte Militärkontrollkommission alsbald ermöglicht werde, ist die Reichsregierung unverzüglich in eine eingehende und sorgfältige Prüfung der Frage eingetreten. Es liegt der Reichsregierung nach wie vor fern, die Verpflichtungen zu bestreiten, die sich für sie aus den Bestimmungen des Versailler Vertrages ergeben. Sie sieht sich jedoch zu der Erklärung genötigt, daß sie **im gegenwärtigen Zeitpunkt tatsächlich nicht in der Lage ist,** diesen Verpflichtungen in allen Punkten gerecht zu werden.

Deutschland befindet sich im Augenblick in einem Zustand **schwerster innerpolitischer Erschütterung.** Die Reichsregierung glaubt davon absehen zu können, die Ursachen und die Gefahren dieser Krisis der Botschafterkonferenz in diesem Zusammenhang im einzelnen darzulegen. Nach den Verhältnissen, wie sie sich tatsächlich in Deutschland gestaltet haben, würde die Wiederaufnahme der Kontrollhandlungen in dem jetzigen Zeitpunkt einen neuen Konfliktstoff schaffen, der eine weitere innerpolitische, und zwar außerordentliche Belastung darstellt. Diese Belastung würde um so schwerer sein, als nach den übereinstimmenden Äußerungen sämtlicher mit der Frage befaßten inneren Stellen das Erscheinen der interalliierten Kontrollorgane zurzeit Zwischenfälle zur unausbleiblichen Folge haben würde, somit würden zu den innerpolitischen sich außenpolitische Schwierigkeiten hinzugeselle..

Die Reichsregierung darf annehmen, daß auch die Botschafterkonferenz **die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung in Deutschland als Vorbedingung für die wirtschaftliche Gesundung und als Grundlage für die künftige Leistungsfähigkeit Deutschlands ansieht. Die Botschafterkonferenz wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß der gegenwärtige Zeitpunkt nicht dazu geeignet ist,** von der deutschen Regierung die strikte Durchführung der in der Note vom 3. d. M. gestellten Forderungen zu verlangen.

Die Reichsregierung bittet daher die Botschafterkonferenz, diese Forderungen unter den obwaltenden Umständen zurückstellen zu wollen.“

*

Einer „Eca“-Meldung aus Paris zufolge wurde den französischen Journalisten von maßgebenden Persönlichkeiten am Quai d'Orsay erklärt, daß, wenn der Inhalt der deutschen Antwort auf die Note wegen der Militärkontrolle negativ sei, die Botschafterkonferenz unverzüglich einberufen würde, um Sanktionen zu beraten, die gegenüber Deutschland anzuwenden sind.

Die Sachverständigenkonferenz gescheitert.

Ein verhängnisvoller französischer Sieg.

London, 10. November. Reuter berichtet aus Washington, daß Präsident Coolidges Wortführer im Weißen Hause mitteilte, der Präsident sei der Ansicht, daß eine Untersuchung, die in Übereinstimmung mit dem französischen Vorschlag auf die Reparationsfähigkeit Deutschlands für einen begrenzten Zeitraum beschränkt sei, zwecklos und vergeblich sein würde. Der Wortführer fügte hinzu, daß die Vereinigten Staaten keinem nützlichen Zweck dienen könnten, wenn sie an einer derartigen Untersuchung teilnehmen würden. Aus diesem Grunde sei die Washingtoner Regierung nicht geneigt, bei der Einberufung internationaler Sachverständiger mitzuwirken, wenn sie nicht in der Lage sein werden, einen weitreichenden und umfassenden Plan zu unterbreiten. Es sei nicht zu erwarten, daß eine derartige Veränderung in Deutschlands wirtschaftlicher Lage innerhalb von fünf Jahren eintreten könnte, die wesentliche Reparationszahlungen sicherstellen könnte.

London, 10. November. (Eca.) Der Entschluß der Vereinigten Staaten, sich endgültig von der Sachverständigenkonferenz zurückzuziehen, wurde in einem Kabinettsrat gefaßt, der gestern stattfand und in dem Staatssekretär Hughes eingehend über seine Unterhaltung mit dem französischen Botschafter Jusserand berichtete. Die letzten Vorschläge Jusserands seien darauf hinausgegangen, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands bis zum Jahre 1930 durch Sachverständige prüfen zu lassen. Der Kabinettsrat hielt einstimmig eine derartige Begrenzung für ein Hindernis für jede nützliche Arbeit der Sachverständigen. Staatssekretär Hughes wurde infolgedessen aufgefordert, unverzüglich dem französischen Botschafter eine entsprechende Meldung zu machen. Staatssekretär Hughes lud hierauf den französischen Botschafter Jusserand für nachmittags 4 Uhr zu einer Besprechung bei sich ein, wobei er ihm die Eröffnung machte, daß die Vereinigten Staaten auf eine Fortsetzung der Unterhaltung über die Frage der Sachverständigenkonferenz verzichteten.

Aus politischen Kreisen wird mitgeteilt, daß Präsident Coolidge tiefstes Bedauern über den Fehlschlag der Verhandlungen empfinde. Die Haltung der Regierung wird in den Vereinigten Staaten nicht allgemein gebilligt. Man wirft dem Präsidenten in manchen Kreisen vor, er habe sich allzu sehr von pessimistischen Gründen leiten lassen, und es wäre vielleicht schließlich doch möglich gewesen, bei einer Besprechung der deutschen Zahlungsmöglichkeiten für die nächsten sieben Jahre zu einem Zahlungsplan zu kommen, der gleichzeitig eine progressive Räumung des Ruhrgebiets als Korrelat ermöglicht haben würde.

Das Ende der Londoner Weltkonferenz.

London, 11. November. (PAT.) Das Sekretariat der Konferenz der Ministerpräsidenten veröffentlicht einen Bericht, der die Protokolle sämtlicher 16 Plenarsitzungen der Konferenz enthält. Der Bericht legt in objektiver Weise den Verlauf der Arbeiten der Konferenzen dar, und enthält eine Reihe von Ansichten der einzelnen Konferenzmitglieder in bezug auf die laufenden Fragen. In der Frage der Krisis, die Europa gegenwärtig durchlebt, kam die Konferenz nach eingehender Erörterung zu der einmütigen Überzeugung, daß die Behebung der Schwierigkeiten lediglich unter der Mitarbeit der Vereinigten Staaten möglich sei. Die Konferenz kam weiter zu der Überzeugung, daß die Einberufung der in Vorschlag gebrachten Konferenz in der Entschädigungsfrage nicht allein der Wunsch Englands sei, sondern ebenfalls im Interesse der ganzen Welt liege.

Was die letzten Ereignisse in Deutschland und den Standpunkt der Alliierten betrifft, so ist die Konferenz der Meinung, daß jegliche Politik, deren Endergebnis die Einheit des deutschen Staates gefährden würde, unvereinbar wäre mit dem Geist der im Versailler Traktat sowohl von Deutschland als auch von den Alliierten angenommenen Grundsätze. Überdies würde eine solche Politik nach Ansicht der Teilnehmer an der Konferenz in Zukunft, praktisch genommen, dazu führen, daß Deutschland letzten Endes von den übernommenen Verpflichtungen befreit werde. In dem Bericht heißt es gleichzeitig, daß die Regierungen der verbündeten Staaten über den Standpunkt Englands in dieser Beziehung unterrichtet worden sind.

In bezug auf das Washingtoner Traktat unterstreicht die Konferenz mit Befriedigung, daß die Einhaltung der sich aus diesem Traktat ergebenden Verpflichtungen günstig fortschreitet. Auf die Rolle des Völkerbundes eingehend, stellt das Protokoll fest, daß sämtliche Mitglieder einmütig ihrer Ansicht dahin Ausdruck gegeben haben, daß der Völkerbund ein Faktor des internationalen Friedens und Gleichgewichts, ein Regulator für viele Fragen von internationaler Bedeutung sei, und sich daher der Unterstützung sämtlicher Mitglieder erfreuen müsse.

Die Konferenz interessierte sich besonders, so heißt es in dem Bericht weiter, für die Frage der Marinebasis in Singapore als Sicherheitsfaktor für die Interessen des Seehandels des Britischen Imperiums in den östlichen Gewässern. Man einigte sich in der Konferenz auch darüber, daß es notwendig sei, dem Britischen Imperium eine Heeresstraße nach dem Osten durch das Mittelländische und das Rote Meer zu sichern. Die Frage einer weiteren Einschränkung der Rüstungen, deren Notwendigkeit sämtliche Konferenzteilnehmer anerkannten, wurde mit der Frage der Sicherung und Unteilbarkeit des Imperiums verbunden.

Wieringen—Oels.

Haag, 10. November. (Niederländisches Korrespondenzbureau.) Nach einer der Regierung übermittelten Information hat der ehemalige deutsche Kronprinz die Insel Wieringen verlassen und sich nach Deutschland begeben. Er hat sich dazu entschlossen, nachdem die deutsche Regierung vor einigen Wochen zu verstehen gegeben hat, daß sie gegen seine Rückkehr keine Bedenken erhebe und nachdem er einen vorschriftsmäßigen deutschen Paß erhalten hatte. Die Reise erfolgt im Automobil. Heute vormittag hat der Kronprinz die Grenze passiert. Er befand sich in Begleitung seines Adjutanten von Mueldner und eines Dieners. Er begibt sich auf seine Besitzung Oels in Mittelschlesien.

Der Kollektivschritt der Ententevertreter, die laut dem Pariser „Temps" am Sonnabend vormittag von der holländischen Regierung Verhinderung der Ausreise verlangt haben, scheint also wirkungslos gewesen zu sein. Wahrscheinlich hat dieser Schritt die Ausreise des früheren Kronprinzen nur beschleunigt, da es im Interesse der holländischen Regierung lag, einen Gast zu entlassen, dessen Anwesenheit sie selbst vor schwierige diplomatische Konflikte stellte.

*

Der unpolitische Charakter des Wohnsitzwechsels.

WTB. meldet: Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, die Note der Botschafterkonferenz vom 9. November, in der angefragt worden war, ob die deutsche Regierung dem ehemaligen Kronprinzen die Ermächtigung zur Rückkehr nach Deutschland tatsächlich erteilt habe, wie folgt zu beantworten: Der frühere Kronprinz hat bereits vor mehreren Wochen bei der deutschen Regierung den Antrag gestellt, ihm die Rückkehr nach Deutschland zu gestatten. Die deutsche Regierung hat bei der Prüfung des Antrags keinen Grund rechtlicher oder tatsächlicher Art erkennen können, der es gerechtfertigt hätte, diesem deutschen Staatsangehörigen die Heimkehr zu seiner Familie zu verwehren. Sie hat daher die zuständige deutsche Auslandsvertretung ermächtigt, dem früheren Kronprinzen auf seinen Antrag einen Paß für die Einreise nach Deutschland auszustellen.

Die oberschlesischen Arbeiter bei Korfanty.

Warschau, 9. November. Bekanntlich wurde zur Klärung der Lage in Oberschlesien eine Deputation der Arbeitervertreter von Oberschlesien nach Warschau delegiert. Sie wurde sofort vom Vizepremier Korfanty empfangen, dem die Lage der oberschlesischen Arbeiterschaft geschildert und deren Wünsche vorgebracht wurden. Sie erklärten, daß der überwiegende Teil der oberschlesischen Arbeiterschaft eine Besserung ihrer Lage nicht durch einen Streik erstrebt und deshalb die Regierung ersucht, bekanntzugeben, welche Schritte unternommen worden sind, um den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen, vor allem, um der Teuerung Einhalt zu tun und Wertbeständigkeit der Löhne und Gehälter zu sichern. Korfanty gab die Erklärung ab, daß die beste Sicherung der Wertbeständigkeit der Löhne dadurch gegeben wäre, wenn die polnische Mark stabilisiert würde. Die Regierung habe schon Mittel und Wege gefunden, um die Stabilisierung der Polenmark durchzuführen. Zu diesem Zwecke müssen alle Faktoren zusammenarbeiten, insbesondere werden dazu in ausgiebiger Weise Handel und Industrie herangezogen werden. Die Stabilisierung der Polenmark soll gewissermaßen eine Vorbereitung sein für die Einführung des Złoty ab 1. Januar 1924, wobei das Gleichgewicht im wirtschaftlichen Leben am besten und einfachsten hergestellt werden kann.

Die Arbeitervertreter brachten hierauf die vielen Verhaftungen aus Anlaß des letzten Streiks zur Sprache; es stünde fest, daß ein großer Teil der in Betracht kommenden Arbeiter unschuldig verhaftet worden sei. Korfanty erklärte, daß dies Sache der Gerichte sei. Klärung zu schaffen. Trotzdem würde er sich dafür verwenden, daß Untersuchungen so schnell als möglich eingeleitet und die Unschuldigen freigelassen werden.

Zum Schluß der Unterredung gab er seiner Freude Ausdruck, daß die oberschlesische Arbeiterschaft sich nicht habe zum Generalstreik verleiten lassen und sie gewillt ist, tatkräftig an der Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse Polens mitzuarbeiten.

Republik Polen.

Witos beim Staatschef.

Warschau, 11. November. (PAT.) Der Staatschef empfing am Sonabend in längerer Audienz den Ministerpräsidenten Witos, der einen eingehenden Bericht über die innere Lage des Staates erstattete.

Um die Aufbesserung der Bezüge der Staatsbeamten.

Warschau, 10. November. PAT. Der Ministerpräsident Witos empfing am Donnerstag die Sejmabgeordneten Paczkowski und Dolanowicz, die ihm die schwierige materielle Lage der Staatsangestellten darlegten. Der Ministerpräsident erklärte, ihm sei die schwierige Lage der Beamten bekannt, und er habe sich bereits mit dem Finanzminister verständigt, den er beauftragt habe, entsprechende Anträge vorzubereiten, um diese schwierige Lage zu beheben.

Abermalige Erhöhung der Eisenbahntarife.

Unter dem Vorsitz des Eisenbahnministers fand am Freitag eine Vollsitzung des Staatseisenbahnrats statt, in der die vom Tarifkomitee in Vorschlag gebrachte abermalige Erhöhung der Eisenbahntarife, sowohl der Personen- als auch der Gütertarife, mit dem 1. Dezember d. J. besprochen wurde. Die Versammlung nahm den Antrag des Komitees an, die Eisenbahntarife automatisch nach der Erhöhung des Multiplikators der Exploitationskosten der Eisenbahnen zu erhöhen. Die Höhe des Multiplikators soll das Tarifkomitee periodisch festsetzen.

Kleine Rundschau.

* **Die weinende Stadt.** Eine ergötzliche Szene, die nach außen allerdings einen sehr traurigen Eindruck machte, ereignete sich kürzlich in der englischen Stadt Brigthon. Dort sollte in einer großen Fleischerei der Kühlraum mit Ammoniak-Gas gefüllt werden. Durch eine zufällig geöffnete Klappe fand das Gas den Ausgang in die Verkaufsräume und verbreitete sich von dort auf die Straße; die Folge war fürchterlich. Die Straßenpassanten, die in den Bereich des Gases kamen, fühlten sofort ein eigentümliches Kitzeln in den Augen und im Halse und mußten, ob sie wollten oder nicht, ihre Tränen strömen lassen. Die Kunden und die Verkäufer, die im Laden tätig waren, unterlagen derselben Wirkung und stürzten auf die Straße, wo sie ebenfalls ihre Tränen vergossen. Es läßt sich denken, daß das Publikum, das diese Szenen beobachtete, herbeiströmte, um dann gleichfalls in Tränen auszubrechen. Inzwischen war die Feuerwehr alarmiert worden. Sie rückte sofort an, konnte aber nicht in Tätigkeit treten, da sie sich ebenfalls nicht der Wirkung des Gases entziehen konnte und deshalb sich an dem Massenweinen beteiligen mußte. Erst als sie Gasmasken aufgesetzt hatten, konnte das Rettungswerk beginnen und die Klappe geschlossen werden. Der Besitzer und einige Angestellten der Fleischerei hatten sich inzwischen schon ohne Maske bemüht, die Öffnung zu schließen, waren dabei aber derartig unter die Gaswirkung geraten, daß sie stundenlang außer Gefecht gesetzt waren.

Handels-Rundschau.

Änderung im Danziger Hafenbetrieb. Vom 1. Januar ab wird, wie der „Danziger Börsenkurier" brichtet, im Danziger Hafen eine große Veränderung dadurch eintreten, daß der Hafenausschuß eine eigene Kaiverwaltung einrichtet. Sämtliche in erster Linie liegende Speicher im Hafen sind den Spediteuren, von denen sie gepachtet waren, durch den Hafenausschuß gekündigt worden. Alle diese Schuppen in erster Linie übernimmt der Hafenausschuß vom 1. Januar ab in eigene Verwaltung, zu welchem Zweck er eine eigene Kaiverwaltung einrichtet. Im großen ganzen entspricht das dem Hamburger Muster und dem Beispiel anderer größerer Häfen. Ferner trägt man sich mit dem Plan, ebenfalls nach dem Hamburgischen Muster, den Hafen in bestimmte Zonen einzuteilen, beispielsweise eine Zone für den Stettiner Verkehr, eine Zone für den Hamburger Verkehr, eine Zone für den englischen Verkehr usw. Dadurch soll eine Beschleunigung der Abfertigung der Dampfer erreicht werden. Die Pachtverträge für Speicher in 2. Linie sind vorläufig nicht gekündigt. Die Spediteure können dann also, soweit sie nicht eigene Speicher besitzen, die Ware nur in die Speicher der Kaiverwaltung legen. Der Tarif für die Benutzung der Speicher in 1. Linie wird natürlich so festgesetzt werden, daß eine schnelle Räumung der Speicher von eingehenden Gütern erzielt wird.

Herabsetzung der Warenpreise in Rußland. Im Zusammenhange mit der großen Spanne zwischen den hohen Preisen für industrielle Erzeugnisse und den niedrigen für landwirtschaftliche Produkte, macht sich immer mehr eine Absatzkrise der russischen Industrie bemerkbar, die dazu geführt hat, daß eine Reihe von Syndikaten und Trusts die Preise für ihre Fabrikate herabgesetzt haben. So hat beispielsweise das Textilsyndikat in der letzten Zeit die Preise um ungefähr 10 Prozent herabgesetzt. Da die Absatzkrise anhält, so ist mit weiteren Preissenkungen zu rechnen. Die Absatzkrise wird durch die Schwierigkeiten in der Geldbeschaffung und Krediteinschränkungen seitens der Banken noch mehr verschärft.

Geldmarkt.

Die polnische Mark am 10. November. Es wurden gezahlt für eine Million Polenmark in Danzig 3,342—3,358, Auszahlung Warschau 3,292—3,308 Gulden; für 100 Polenmark in Prag 0,002225, Neuyork, Auszahlung Warschau 0,0005, in Zürich $0,0002^{3}/_{4}$.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen in Mark	In Millionen 10. November Geld	In Millionen 10. November Brief	In Millionen 9. November Geld	In Millionen 9. November Brief
Holland 1 Gld.	243390	244610	243390	244610
Buen.-Air. Pes.	197505	198495	197505	198495
Belgien 1 Frcs.	30923	31077	30923	31077
Norwegen Kr.	93765	94235	93765	94235
Dänemark Kr.	107730	108270	107730	108270
Schweden Kr.	165585	166415	165585	166415
Finnland 1 Mk.	16957	17043	16957	17043
Italien 1 Lire	27930	28070	27930	28070
England Pf.St.	2793000	2807000	2793000	2807000
Amerika 1 Doll.	628425	631575	628425	631575
Frankreich Fr.	35910	36090	35910	36090
Schweiz 1 Frc.	111720	112280	111720	112280
Spanien 1 Pes.	83790	84210	83790	84210
Tokio 1 Yen	305235	306765	305235	306765
Rio de Jan. 1 Milreis	55860	56140	55860	56140
Dtsch.-Oesterr. 100 Kr. abgest.	8,977	9,023	8,977	9,023
Prag 1 Krone	18354	18446	18381	18446
Budapest 1 Kr.	33,915	34,085	33,915	34,085

Eine Goldmark in Deutschland gleich 149 625 Millionen Mark Geld, 150 375 Millionen Mark Brief nach dem amtlichen Berliner Kurs vom 9. November für Kabelauszahlung Neuyork.

Warschauer Börse vom 10. November. Schecks und Umsätze: Belgien 87 550, London 7 950 000—7 900 000, Neuyork 1 795 000, Paris 101 750—101 250, Prag 51 950—51 750, Wien 25, Schweiz 317 250—316 000, Italien 79 000—78 750. — Devisen (Barzahlung und Umsätze): Dollar der Vereinigten Staaten 1 795 000.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 10. November. In Danziger Gulden wurden notiert für: Verkehrsfreier Scheck: Warschau (1 000 000) 3,292 Geld, 3,308 Brief. Banknoten: 1 000 000 polnische Mark 3,342 Geld, 3,358 Brief, 1 amerikanischer Dollar 5,7232 Geld, 5,7518 Brief. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,00 Geld, 25,00 Brief, Neuyork 1 Dollar 5,6758 Geld, 5,7042 Brief, Kopenhagen 100 Kronen 95,01 Geld, 95,49 Brief. Ein englisches Pfund (Note) in deutscher Reichsmark (die Ziffern verstehen sich in Milliarden): 6483,75 Geld, 6516,25 Brief.

Züricher Börse vom 10. November. (Amtliche Notierungen.) Neuyork $5,67^{1}/_{8}$, London 24,97, Paris $31,02^{1}/_{2}$, Wien $0,0079^{1}/_{2}$, Prag 16,45, Italien $24,82^{1}/_{2}$, Belgien 27,60, Berlin (für eine Billion) 8.

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für 1 Goldmark 423 253, 1 Silbermark 168 815, 1 Dollar, große Scheine 1 795 000, kleine 1 777 050, 1 Pfund Sterling 7 900 000, 1 franz. Franken 101 000, 1 Schweizer Franken 316 000, 1 Złoty, Serie A 50 800, B 232 500, C und D 285 000.

Produktenmarkt.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer in der Zeit vom 8. Nov. bis 10. Novbr. (Großhandelspreise für 100 Kilogr.) Weizen 4 100 000—4 350 000 M., Roggen 2 300 000—2 600 000 M., Futtergerste —,— bis —,— M., Braugerste 2 600 000—2 800 000 M., Felderbsen —,— bis —,— M., Viktoriaerbsen —,— bis —,— M., Hafer 2 100 000—2 500 000 M., Fabrikkartoffeln 750 000—800 000 M., Speisekartoffeln 850 000—880 000 M., Weizenmehl 70% (inkl. Sack) —,— bis —,— M., Roggenmehl 70% (inkl. Sack) 4 500 000—4 600 000 M., Weizenkleie 1 600 000 M., Roggenkleie 1 500 000 M.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 10. Novbr. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilogr. = Doppelzentner bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Roggen 2 500 000—2 700 000 M., Weizen 4 200 000—4 400 000 M., Gerste 2 200 000 M., Brauereigerste 2 600 000—2 800 000 M., Hafer 2 300 000—2 500 000 M., Roggenmehl 4 500 000—4 600 000 M., Weizenmehl 8 400 000—8 600 000 M. (inkl. Säcke), Roggenkleie 1 500 000 M., Weizenkleie 1 600 000 M., Eßkartoffeln 880 000 M., Fabrikkartoffeln 820 000 M. — Vorräte verstärkt; des Geldmangels wegen kleine Umsätze. Tendenz: ruhig.

Materialienmarkt.

Metalle. Warschau, 9. November. Preise für 1 Kg. franko Waggon Station Warschau (Notierungen der Vereinigten Metall-Handlungen): Gußeisen „Chlewiska" auf Holzkohle (Richtpreis) 69 775; „Stąporków" Nr. 1 — 63 250; schottisches Nr. 1 — 63 000, inländisches Handelseisen 85 650, Bandeisen, warm gewalzt 100 500, kalt gewalzt 177 850, Draht, rund von $5^{1}/_{2}$ bis 13 Millimeter, quadratisch von $5^{1}/_{4}$—8 Millimeter 109 000, Blech (festgesetzter Preis) 123 800. Ferner notierte die polnischen Hüttengesellschaft folgende Gußeisenpreise für die Zeit vom 4. bis 11. November für ein Kg. loko Hütte: Marten-Eisen 52 000, Nr. 2 — 54 000, Nr. 1 — 59 000, Nr. 0 — 67 000.

Blech. Warschau, 10. November. Preise für 1 Kg. loko Fabrik. Zinkblech, Größe 711 × 1422 Meter × 0,5 Millimeter = 270 000; — × 0,575 Millimeter = 260 000; — × 0,525 Millimeter = 265 000; — × 0,6 Millimeter = 255 000; 1000 × 2000 × 0,5 Millimeter = 280 000.

Holzmarkt.

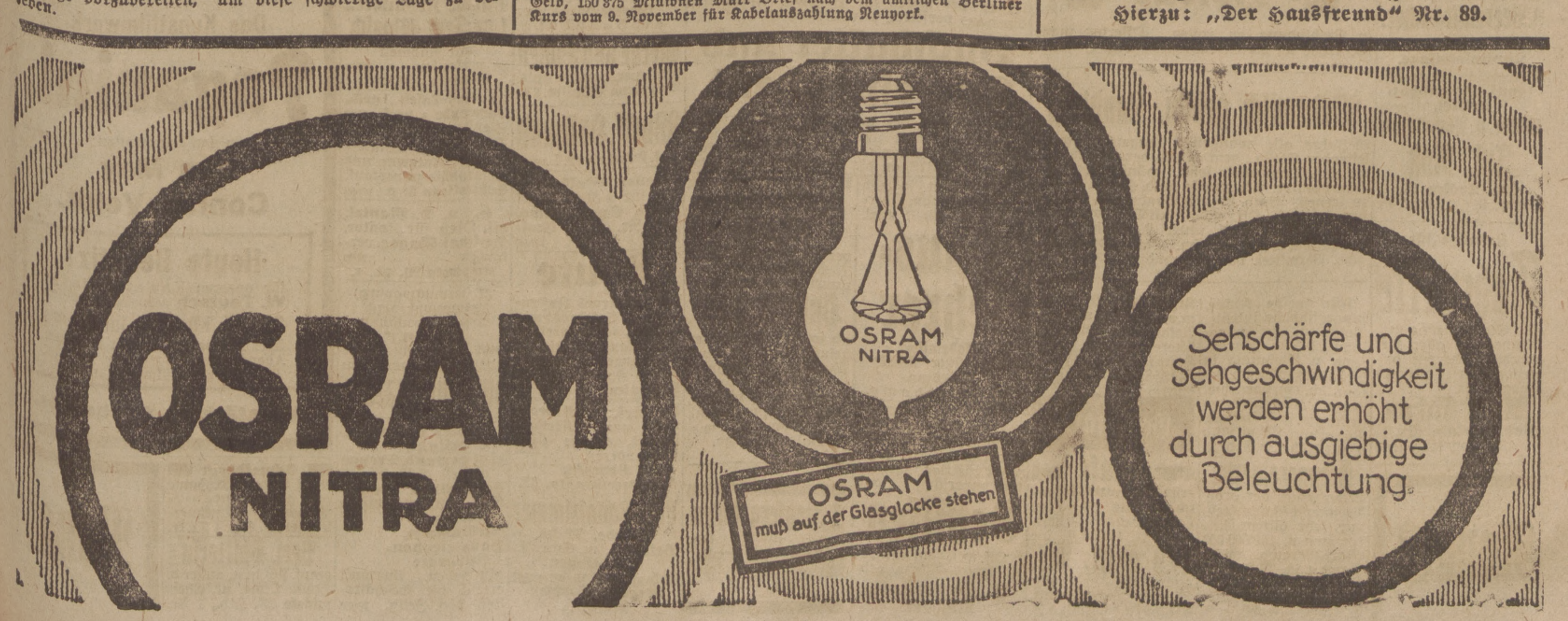
Holzmaterial. Bromberg, 9. November. In Millionen Mark je Festmeter: Kiefernrundholz 9, eichenes 12,5; Kiefernmaterial: Tischlerbretter 20, Kantholz und schmale Bretter 17; eichenes Tischlermaterial 38—40, Baumaterial 34—36. Tendenz unverändert.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 10. November bei Toruń (Thorn) + 1,02, Fordon + 0,94, Chełmno (Culm) + 1,05, Grudziądz (Graudenz) + 1,15, Kurzebrack + 1,48, Piekel + 0,90, Tczew (Dirschau) + 1,06, Einlage + 3,38, Schiewenhorst + 3,70, Zawichost am 9. Novbr. —,—, Krakow am 9. Novbr. —,—, Warszawa am 9. Novbr. —,—, Płock am 9. November —,— Meter.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki, Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.
Hierzu: „Der Hausfreund" Nr. 89.



Royal?

Jede Art
Uhren
auch Turmuhren
werden sof. repariert.
Ottinger, 5687
Kordeckiego 34a.



Vorschußzahlung à conto des Gasverbrauchs.

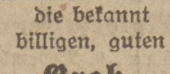
In Erinnerung gebracht wird die Bekanntmachung des Magistrats vom 13. Oktober l. J., derzufolge die Direktion der Gasanstalt (zu deren Bestand Repräsentanten des Magistrats und des Stadtverordneten-Kollegiums gehören) beschlossen hat, von den Gaskonsumenten einen Vorschuß in Höhe einer einmonatlichen Rechnung zu erheben. Diese Beschlußfassung erfolgte auf Grund der Artikel 28 und 29 des Gesetzes vom 11. August d. J. (Dz. Ust. 94, Poz. 747). 10884

Diese Vorschüsse sind im Laufe von 14 Tagen zu zahlen. Nach diesem Termin erfolgt die Einkassierung der betreffenden Vorschüsse auf dem **Exekutionswege.** Der Magistrat fordert deshalb zur Einzahlung der betreffenden Beträge in allerkürzester Zeit auf, und zwar im eigenen Interesse der Gaskonsumenten.

Diejenigen Gaskonsumenten, welche die Vorschüsse nicht beim Gaspreise von 15000 Mark pro Kubikmeter entrichtet haben, müssen gegenwärtig die Vorschüsse entsprechend dem augenblicklichen Gaspreis, d. h. 41000 Mark pro Kubikmeter, entrichten.

Bydgoszcz, 7. November 1923.
Der Magistrat.

Zum **Totenfest** liefere noch prompt die bekannt billigen, guten **Grab-Denkmäler**



G. Wodsack, Steinmetzmeister
Dworcowa 79. 10371 Telefon 651.

Zahn-Praxis
Paul Bowski, Dentist
Mostowa 10 Telefon 751 Brückenstr. 10



Befestigung loser Zähne sowie **Bestrahlungen erkrankter Zähne mit elektr. Hochfrequenzströmen**

600 Fässer Portland-Zement
à 180 kg preiswert abzugeben. 10861
P. Nosiński i S-ka.
ul. Sniadeckich 13/14.
Tel. 1701. Tel. 1701.

Erfolgr. Unterricht i. Franz., Engl., Deutsch (Gram., Konvrs., Handelskorresp.) erteil., frz., engl. u. deutsche Uebersetzungen fertigen an **T. u. A. Furbach,** Lehrerinnen, 11087 (lgj. Aufenth. i. Engl. u. Frankr.). Cieszkowsk. (Moltkestr.) 11, I. l.

Landwirte!
Pflanzt
Obstbäume, Frucht- u. Beerensträucher.
Beste Kapitalsanlage.
Allergrößte Auswahl **sämtl. Baumschulartikel.** 10524
Gärtn. u. Baumschule
Jul. Roß
Sw. Trójcy 15.
Fernr. 48. Fernr. 48.

Aufträge für
Fuhrwerke
für Stadtumzüge und Transporte aller Art werden jederzeit angenommen u. prompt ausgeführt.
Max Cichon
Wod blankami Nr. 1.
Telefon 1030. 12792

Royal?

Geschäftsverlegung.

Meiner werten Kundschaft teile ich ergebenst mit, daß sich meine 10797
Buch- und Kunsthandlung
von heute ab
in demselben Hause in dem früheren Frankeschen Laden
befindet.
Hochachtungsvoll
Erich Hecht Nachf.
Inh. Curt Deuser
Buch- und Kunsthandlung
Gdańska 19 (fr. Frankesche Laden).

150000 Mark
zahle für
alten, künstl., selbst zerbrochenen Zahn
auch im Gebiß. Kommen Sie u. überzeug. Sie sich. Bitte sich zu melden im
Dental-Depot „Pomorze" 10887
ul. Sniadeckich 33 (Ecke Dworcowa). Telef. 872. Geöffnet von 9 Uhr morg. b. 7 Uhr abds. P. S. Bitte d. genaue Adresse zu beacht.

Oberschles. Steinkohlen
(Eugenie und Laurahütte)
Würfel I
und 10854
Nuss Ia
rollend auf Bydgoszcz, empfiehlt
Carl Feyerabend
Pomorska 38. Tel. 65.

Gutsbesitzer in Pommerellen
sucht zwecks Versorgung v. Verwandt. in Ostpr.
Lebensmittelaustausch
mit Landwirt in Ostpreußen.
Offert. unt. **B. 10792** an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Stellengesuche

Getreidekaufmann
perfekter Buchhalter,
12 Jahre im Beruf, gut polnisch sprechend, **sucht vom 1. 1. 1924 Dauerstellung** in Getreidegeschäft oder Mühle.
Angebote unter **J. 10873** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Suche Stellung als
Inspektor.
von sof. od. spät. Gute Zeugn. vorhand. 10879
Paul Wontarra,
Iłowo bei Działdowo.

Jg. Schmiedegeselle, erfahr. in Heißdampf-Lokomobile u. elektr. Licht, sucht Stellg. als
Heizer
per sofort oder später. Offerten an 12585 **Hans Bonik, Prądocin,** Post Nowawieś Wielka.

Suche Stelle als
Wirtschafter
scheue keine Arb. Off. u. **G. 10871** a. d. Gst. d. Z.

Evang., musik. **Hilfslehrerin** sucht z. 1. Jan. Stellung als 10874
Hauslehrerin
Angeb. an **J. Drews,** Starogard (Pomorze) bei Herrn Seiferth.

Binderin
sucht Stellg. Gefl. Off. u. **B. 23718** a. Ann.-Exp. Wallis, Toruń.

Heirat

Junge Dame
katholisch, Ende Zwanziger, Landwirtstochter, durchaus praktisch und wirtschaftlich erzogen, musikalisch, Aussteuer nebst Vermögen vorhanden, sucht mit wirklich edeldenkendem Herrn, dem es viel daran liegt ein glückliches und gemütliches Heim zu gründen, zwecks späterer
Heirat
in Verbindung zu treten. Offerten unter **W. 12588** an die Geschäftsstelle dies. Zeitung.

Akademisch gebild. Landwirt
30 Jahre alt, evangelisch, augenblicklich in leitender Stellg., dem es aus berufl. Gründen an paff. Damenbek. fehlt, wünscht vermög. Dame entspr. Alt. zwecks bald. **Heirat** kennen zu lernen. Einh. in größ. Landw. od. Geschäft bevorz. Gefl. Off., mögl. mit Bild, welch. sof. retour gesandt wird, unter **L. 10876** an die Geschäftsst. d. Ztg. erbeten. Diskretion Ehrensache. Vermittel. von Verwandten angenehm.

Für meine Nichte, junge, hübsche, intellig. Polin, m. sehr schöner kompl. 2-Zim.-Einrichtung u. Wohnung in Graudenz suche ich Bekanntsch. ein. vornehm. Herrn i. gesicht. Lebensstellg. zw. spät. **Heirat.** Nur ernstg. Off. m. Bild u. **K. 10875** a. d. G. d. Z.

Brennereiverw.
Leiter einer der größ. Brennerei Pommerell. mit sehr gutem Einkommen u. 100000000 Mark Vermög., wscht. Dame v. 18—25 Jahren kennen zu lernen. Zuschr. nur mit Bild unter **B. 12587** a. d. Gst. d. Z.

Argrwwe., kath., kndrl., m. v. Einricht., wscht. die Bekanntschaft eines sol. älteren Herrn zwecks **Heirat.** Offerten unter **U. 12584** a. d. Gst. d. Ztg.

Geldmarkt

Kaufe
erste Nr. **Hypothekenschuld** bis zu 70000 Friedensmark. Offert. unter **J. 12530** an die

140 Mill. Mk.
auch geteilt, nur geg. Sicherh. z. verg. Off. unt. **A. 12597** a. d. Geschst. d. Z.

Offene Stellen

Für große Fabrik perfekter
Buchhalter
(polnisch u. deutsch in Wort u. Schrift) **gesucht.** Hohes Gehalt, angeneh. Stellung. Ausführl. Bewerbung unter **Nr. 272/1** a. d. Annocenbüro „PAR", Dworcowa 18.

Gesucht für ein größeres Sägewerk per sofort oder 1. 12. 23 ein älterer, erfahrener, tüchtiger, verheirateter
Platzmeister,
ferner per sofort im Holzfach erfahrener, durchaus perfekter, unverheirateter
Buchhalter und Korrespondent.
Letzterer muß der polnischen und deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein. Angeb. mit Zeugnisabschr. u. Gehaltsanspr. unter **H. 10872** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Suche von sogleich f. meinen Sohn, Obertertianer, einen evgl.
Hauslehrer
(Akademiker)
Gutsbesitzer **Möller, Borowo** bei Działdowo.

Für mein Kolonialwaren- und Destillat.-Geschäft suche ich von sofort evtl. 1. 12. d. J. **zwei** tüchtige, ehrliche und zuverlässige 10878
Gehilfen.
Off. m. Gehaltsanspr. u. Zeugn.-Abschr. erb.
J. Susłowski,
Lidzbark.

Aelt., unverheirateter
Rechnungsführer
perfekt polnisch, gute Handschrift, und unvrh., poln. sprechend.
Hofverwalter
ab sofort oder später gesucht. Lebenslauf, Photogr. u. Zeugnisabschriften an **von Loga, Wichorze,** pow. Chełmno (Culm), Pomorze, 10 68 Bahnst. Cepna.

1 Zieglergehilfen
sucht 10869
B. Kreft, Zieglermstr., Łysiewo bei Krokowo Pow. Puck.

Kief. geschn. Halbhölzer
2,60 m lang,
12½ × 25 mm stark
kaufen jedes Quantum und erbitten Preis frei Waggon Bydgoszcz oder Danzig 10881
Uhlendorf & Renkawitz
Bydgoszcz.

Royal?

Ein Last-Fuhrwerk
mit 2 Pferden steht jederzeit z. Verfügng. bei 1080
Kruczyński i Ska.,
ulica Berlińska 105
Tel. 1333 u. 1323.

Treibriemen
für die jetzige Dreschzeit empfehlen 10519
Ferd. Ziegler & Co., Dworcowa 95.

Für Speditions- u. Möbeltransportgeschäft in Tczew wird **erfahrener**
jung. Mann
aus der Branche mit Kenntnissen in Buchführung ges. Off. mit Lebensl. u. Zeugnisabschr. u. **F. 10870** an die Gschst. d. Ztg. erb.

Laufbursche sof. verlangt.
Drog. Max Walter,
Bydg., ul. Gdańska 37.
Tel. 906. 12595

Jung. Mädch.
für Empfang u. Kleinarbeit gesucht. 10 44
Photogr. Atel. Rubens,
Gdańska 153.

Erfahrene
Buchhalterin
Kontoristin, der poln. u. dtsch. Spr. in Wort u. Schr. mächt., s. Dauerstellung von sof. od. sp. Gefl. Offerten erb. unt. **F. 12504** a. d. Gst. d. Ztg.

Ehrliches, sauberes
Hausmädchen
im Kochen bewandert, bei gutem Gehalt möglichst von sof. gesucht. Offert. unter **T. 12575** an d. Geschäftsst. d. Z.

Suche zu sofort oder später ein evangl.
Kinderfräulein
zu einem 1½jährigen Jungen. 10731
Frau Liselotte Vorreyer
Rittergut Grzywna Szlachecka, p. Chełmża, Kreis Toruń.

Oeffentl. Ankauf
In einer Streitsache kaufe ich vom Mindestfordernden auf fremde Rechnung:
ca. 175 Ztr. Roggen
am **Donnerstag, den 15. d. Mts.,** um 12½ Uhr mittags in meinem **Büro Sniadeckich 52a.**
K. Nawrowski,
zaprzysiężony senzal handlowy przy izbie przemysłowo-Handlowej w Bydgoszczy.

Ein einfacher
Walzenstuhl
700/350, sowie eine 10865
Quetsche
300/300, da überzählig, geg. Meistgebot z. verk.
Deutsche Kornhaus-Genossensch. Janowiec.

1 eis. Ofen
bill. zu verk. Zu erfr. **Cieszkowskiego 16,** II, l. 12538

Gebrauchter
Bretterschuppen
10×25 qm, zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote erbittet 10863
F. Wodtke, Internat. Transporte, Bydgoszcz ul. Gdańska 131/132.

Frauenhaar
kauft 10589
Haargeschäft Puppenklinik
Bydgoszcz, Dworc. 15.

Zeitungspapier
kauft ständig 10547
F. Kreski, Bydgoszcz.

An- u. Verkäufe

Lederklubsofa 12548
hell, zu verkaufen. **Schulz, Gdańska 47, I.**

Stroh u. Heu
in größeren Mengen kauft ständig
P. E. Schulz, Bydgoszcz,
Wiel. Bartodzieje, ul. Polanka 8. 1 097

Kaufe jeden Posten
frisch. Speisequark u. alle Sorten Käse,
zahle die höchsten Preise. 12593
D. Hoffmann, Bydgoszcz, Sniadeckich 24.

Wollen Sie
verkaufen?
Wend. Sie s. vertrauensvoll an **S. Ruszkowski, Dom Osadniczy, Poln.-Amerikanisch. Büro für Grundstückhdl, Herm.-Frankest. 1a. Tel. 885** 9755

Lagerschuppen
auch als Scheune verwendbar, 9×20, gesundes Holz, preiswert abzugeben. 10877
P. Duwe, Sępólno (Zempelburg), 10877
am Bahnhof.

Pferde und Fohlen
bill. z. verk., auch einzut.
Podgórna (Wollm.) 1.

Wachs. Hofhund
z. vk. **Lubelska 12, I.** 12532

1 rasser. Wolfshündin für 4 Mill. Mark verkft. **Szwederowo, Orla Nr. 57.** Grafstein. 12596

Laute
gut erhaltenes Instrument, Friedenspreis 85 Mk., sofort preisw. zu verkaufen. Off. m. Preisangebot erbittet **Frau Frieda Moses, Łobżenica.** 10828

Zu verk.: 2 Bureautische, neu, 1 Kleiderschrank, eiserne Öfen und anderes. 12551
Ruprycht,
Naruszewicza 1a, II.

Eich.-Schlafzimmer
Spinde, Tische, Bettstell. m. Spiralf., und **Küchen**
sind zu verkaufen 12583
Długosza (Sophienstraße) 8.

Komplette
Küchen-einrichtungen
natur lasiert, ebenfalls gestrichen mit Linoleum, gibt ab zu Fabrikpreisen 10866
Kurt Gabriel,
Naruszewicza (Holzhofstraße) 2.

1 Kristall-Spiegel
184×64,
4-arm. Kronlchtr., 1 gr. Frm.-Glasch.
mit Rahmen
zu verkaufen 12586
Gdańska 136, prt.

1 Damast-Tafelt., 1 gold. Damenuhr z. verk. 12590
Sienkiew. (Mttlst.) 31, I, l.

1 Winterpalet. 1 Winter-Anzug, 1 Cutaway und Damenhüte zu verkauf.
Sobieskiego 5, p. 12559

H.- u. D.-Mantel, eis. Ofen für Kontor, **Dezimal-Wage** z. verkaufen 12589
Kujawska 93, pt., r.

Schreibmaschine
mit sichtbarer Schrift,
zu verkaufen. 10846
„[illegible]"
Annoncen-Bureau,
Plac Piastowski
(Elisabethmarkt) 13.

1 leichter Lasten-Fahrstuhl, eine gewund. Treppe mit eis. Geländer, **Stehpulte u. Regale, Gas- und elektrische Kronen, Stehlampen, Haustelephon-Apparate** abzugeben. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle dies. Zeitg. 10856

Wohnungen

In Mietsstreitigkeiten
sowie Schriftsätzen jeglicher Art
erteilt Rat und Hilfe 10593
***Z. Gruszczyński,** ul. Gdańska 162. II. Etg.*

4—6 Zim.-Wohnung im Zentr. der Stadt zu mieten ges. Gebe evtl. eine 3-Zim.-Wohg. ab. Vermittlung wird vergütet. Gefl. Off. a. d. **Annonc.-Büro „Par", Dworc. 18, u. Nr. 273/3.**

Wer gibt bess. Herrn, Jungges. Staatsbeamt. 33 J. alt, kath., mit eig. Möb. verseh., **2 Zimmer ab?** Bei Witwe n. ausgeschl. Desgleich. auch **Heirat.** Off. u. **B. 12598** a. d. Geschäftsstelle d. Z.

Mein Schuhw.-Gesch. in Berlin tausche gegen ein ähnliches in einer größeren Stadt in Polen, evtl. miete einen **leersteh.** Laden nebst Wohng. Angeb. erb. an **Antoni Nowak Chocicza gmina,** pocz. Września, Poznańskie. 10864

3—5-Zimmer-Wohn. f. sof. gesucht, am liebst. Nähe Elisabethmarkt. Preis nach Vereinbar. Off. unter **P. 12405** an die Geschst. d. Ztg.

Möbl. Zimmer

Ein freundl. möbliertes **Zimmer** Nähe Danzigerstr. ges. Offert. unt. **S. 12560** a. d. Geschäftsst. d. Z.

Solider Dauermieter sucht ab 15. evtl. sofort **möbl. Zimmer.** Offert. unter **Z. 12591** an d. Geschäftsst. d. Z.

Möblte. Zimm.
sofort gesucht. 9240
C. B. „Expreß",
Jagiellońska 70.

Kino Kristal.

Heute letzter Tag!
Das Kunstfilmwerk
Paganini.
In den Hauptrollen: 10888
Eva May
Conrad Veidt.

Heute Benefiz!
für unseren Kapellmeister **W. Teutsch** aus Anlaß seines
25 jähr. Künstler-Jubiläums
Herr **Teutsch** spielt am heutigen Abend die Solostellen in der Musik zum Film **Paganini.**

Verstärktes Orchester.

Schneiderin
empf. sich auß. d. Hause evtl. auf d. Lande. 12536
Pomorska (Rinkauerstraße) 60, Hof, I Tr., r.

Perf. Plätterin 4046
empf. sich in u. außer d. Hause **Okole, ul. Chełmińska 23,** Htb., 1 Tr.

Royal?

Deutsche Rundschau.

Nr. 259.

Bromberg, Dienstag den 13. November 1923.

Pommerellen.

12. November.

Graudenz (Grudziądz).

A. **Zum Besten der beiden evangelischen Waisenhäuser** soll demnächst ein Bazar veranstaltet werden. Die Verhältnisse zwingen die Vorstände dieser beiden Anstalten dazu, auf diesem Wege Einnahmen zu schaffen. Gerade jetzt vor dem Winter werden besonders von den Landbewohnern Naturalien gestiftet. Das Mädchenwaisenhaus Borrmannstift, gegenüber der evangelischen Kirche, erzieht über 30 Mädchen und das Petersonstift neben dem Siechenhaus am Stadtpark ist mit über 20 Knaben besetzt. Außerdem ist neuerdings in dem Obergeschoß noch ein Altersheim untergebracht. Für ein geringes Kostgeld bekommen dort einige alte Frauen und Männer Wohnung und teils auch Beköstigung. *

□ **Der Martinijahrmarkt** am 9. November fand dem Namen nach statt. Ebenso wie vor acht Tagen so war auch jetzt der Vieh- und Pferdemarkt nur mit wenigen Stück Vieh beschickt. Ein Verbot untersagte die Beschickung mit Pferden und auch die wenigen Stück Rindvieh ließen ein Geschäft sich nicht entwickeln. Die ungünstige Witterung (es regnete den ganzen Tag) war zudem sehr störend. Auf dem Markte waren zwar Buden aufgebaut und von auswärts waren Händler mit ihren Waren erschienen. Die Leute dürften aber vielfach kaum das Standgeld eingenommen haben. Früher war der Martinimarkt neben dem Johannimarkt der besuchteste im ganzen Jahr. Vom Lande kam dann das Gesinde herein, um sich Kleidungsstücke, Kurzwaren und Schuhzeug einzukaufen. Man traf dort Bekannte, besuchte die mancherlei Belustigungsstätten und vergnügte sich nach Herzenslust nach den einförmigen, schweren Tagen der Herbstarbeit. Die veränderten Verhältnisse, die ungünstige wirtschaftliche Lage, das sehr ungünstige Wetter haben diesmal das Geschäft schädigend beeinflußt. Der Martinimarkt hatte kaum die Bedeutung eines gewöhnlichen Krammarktes. *

A. **Diebstähle.** Mit Eintritt der längeren Nächte werden auch die Diebstähle wieder häufiger. Besonders von Keller- und Bodendiebstählen ist mehr zu hören. Einem Professor wurde neulich der ganze Keller ausgeräumt. *

nz. **Aus dem Kreise Graudenz,** 10. November. In diesen Tagen findet der Martiniumzug statt. In den Landwirtschaften werden die Arbeiten unterbrochen und Gespanne, sowie Arbeitskräfte sind tagelang beschäftigt, um die neuen Arbeiterfamilien wie oft meilenweit herbeizuholen. In den letzten Jahrzehnten ist es mehr und mehr üblich geworden, den Umzug auf Anfang April zu verlegen. — Die Saaten haben sich recht gut entwickelt. Auch das spät gesäte Getreide hat sich infolge der milden Witterung noch gut bestockt. — Das Rindvieh ist überall eingestallt. Die Weide war in letzter Zeit schon recht spärlich.

Thorn (Toruń).

≠ **Briefmarkenmangel.** Unliebsam bemerkbar macht sich in Geschäftskreisen das Fehlen von Briefmarken zu 5000 Mark auf dem hiesigen Postamt. Sie sind hier bereits seit längerer Zeit nicht zu haben. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß die Post die Coppernicus-Marken, die man früher nur stückweise erhielt, jetzt in ganzen Bogen fortgibt. Auch die neu erschienenen Marken zu 3000 Mark mit dem Bildnis Konarskis werden bogenweise abgegeben.

≠ **Von der Weichsel bei Thorn.** Wohl infolge der reichlichen, in den letzten beiden Tagen gefallenen Niederschläge ist der Wasserstand, der in ständigem Fallen begriffen war, fast unverändert geblieben. Sonnabend früh zeigte der Thorner Pegel einen Stand von 1,02 Meter über Null an. — Am Freitag passierte stromab fahrend Dampfer „Sobieski" mit zwei Traften im Schlepp die Stadt. Sonnabend vormittag kehrte er leerfahrend wieder nach oben zurück. Gleichfalls stromauf fuhren die Dampfer „Mewa" und „Rokitniak", welch letzterer von Tal kam. Traftenverkehr war nicht zu verzeichnen. **

* **„Die wilde Jagd"**, Ludwig Fuldas vieraktige Komödie, wird am kommenden Mittwoch von der Deutschen Bühne Thorn als zweite Neueinstudierung dieser Spielzeit gegeben. Den heutigen Geldverhältnissen entsprechend, sah sich die Bühnenleitung gezwungen, die Eintrittspreise heraufzusetzen. Trotzdem sind sie noch außerordentlich billig zu nennen. Der beste Sitzplatz kostet 100 000 Mark, die anderen 80 000 und 60 000 Mark. Der Vorverkauf hat bereits begonnen. (S. a. Anzeigenteil.) **

≠ **Vermutlich durch spielende Kinder angezündet,** ging in Brachnowo (Bruchnowo), Kr. Thorn, ein Getreidestaken in Flammen auf. Der Schaden ist bedeutend. **

≠ **Ein guter Griff.** Bei einer dieser Tage ausgeführten polizeilichen Streife wurden in einem Hause der ul. Przedzamcze (Schloßstraße), das der Polizei als Hehlernest bekannt ist, zehn verdächtige Individuen angetroffen und festgenommen. Es stellte sich heraus, daß ein Teil altbekannte Thorner Diebe und der andere Teil deren „Gäste" aus Lodz waren. **

≠ **Thorner Diebstahlschronik.** Aus einem Lager der Militärbehörden, das sich auf dem linken Weichselufer befindet, wurden dieser Tage sechs eiserne Öfen gestohlen. — Einen gleichfalls der Jahreszeit entsprechenden Diebstahl führten einige „Zunftgenossen" in Rubinkowo (Bachau), dicht am Bahnhof Thorn-Mocker, aus. Sie hießen hier zwanzig Martinsgänse mitgehen. **

* **Berent** (Koscierzyna), 10. November. Der Aufruf des Wojewoden anläßlich des Generalstreiks hat auch in unserer Stadt Bestürzung hervorgerufen. Man hörte vielfach Stimmen, daß er wenig dazu geeignet sei, die Bevölkerung zu beruhigen. Dieser Meinung tritt auch die hiesige polnische Zeitung, der „Pomorzanin", bei, indem sie sich in einer Notiz gegen die Fassung eines Teiles des Aufrufes wendet.

‡ **Groß Bösendorf** (Wielka Zławieś), **Kreis Thorn,** 10. November. Am 20. d. M. feiert der Rentier Friedrich Wilhelm Finger mit seiner Gattin Anna geb. Krause das seltene Fest der Goldenen Hochzeit. Bei dieser Gelegenheit trägt die goldene Braut denselben goldenen Kranz, den schon ihre Schwiegermutter im Jahre 1883 getragen hat, ebenso wird den alten Herrn derselbe goldene Myrtenzweig schmücken, den sein Vater vor 40 Jahren trug.

* **Dirschau** (Tczew), 10. November. Der Verwalter und Miterbe der den Görzschen Erben gehörigen Grundstücke in Lunau, Herr Kurt Neumann, Danziger Staatsangehöriger, hat durch den Thorner Wojewoden einen Ausweisungsbefehl als „lästiger Ausländer" erhalten. Da er sich politisch nie betätigt hat, auch weder mit den Gesetzen noch mit den Behörden in Kollision gekommen ist, so ist es dem Ausgewiesenen unerklärlich, worauf sich seine Lästigkeit gründen soll. — Im 74. Lebensjahre verschied heute der Stadtälteste, Stadtrat a. D. Gottlieb Schuckert, der 42 Jahre lang im städtischen Dienst gestanden hat. Er war Mitbegründer des vor mehr als 50 Jahren gegründeten Männergesangvereins und bis zuletzt noch deren Vorsitzender, ebenso auch Vorsitzender des Beamtenwohnungsvereins und des Beamtenvereins.

h. **Gorzno** (Kr. Strasburg), 10. November. Am Donnerstag, 15. d. M., findet hier im Polnischen Hotel (Hotel Polski) durch die Oberförsterei Ruda eine Holzversteigerung für den Lokalverbrauch statt. Zum Verkauf gelangen etwa 300 Raummeter Kloben- und Knüppelholz sowie Stangen und Dachstöcke. — Am letzten Markttage stattete auch ein — verirrter Hase unserer Stadt einen Besuch ab. Kaum aber war er auf dem Marktplatze angelangt, als die Menge mit Stöcken und dergl. eine wilde Jagd auf ihn veranstaltete. Meister Lampe wandte alle Künste an, um sich aus der bedrängten Lage zu befreien; aber vergeblich. Völlig erschöpft, mußte er sich seinem Schicksal ergeben.

Juristische Rundschau.

Verzug und Geldentwertung.

Von Rechtsanwalt Wilhelm Spitzer-Bromberg.

Für die Beurteilung der Geldentwertung, die noch immer den ersten Platz unter den vielen aktuellen Problemen einnimmt, liegt eine neuere bedeutende Entscheidung des deutschen Höchsten Gerichts vor.

Das deutsche Reichsgericht stand bisher auf dem Standpunkte, daß der Einwand der veränderten Verhältnisse dann nicht geltend gemacht werden könne, wenn der Schuldner seine Leistung ohne Grund verzögert habe. Danach hätte z. B. der Handwerker, der die Anfertigung eines Anzugs für einen bestimmten festen Preis übernommen und die Ausführung verzögert hatte, den Anzug zu diesem Preis zu liefern, ohne das Recht zu haben, eine Aufwertung des Preises zu verlangen, wenn der Geldwert in der Zwischenzeit erheblich gesunken war. Diesen Standpunkt hat das Reichsgericht neuerdings verlassen. Der Feriensenat dieses Gerichtes hat — wie in der „Deutschen Juristenzeitung", Heft 21—22, S. 693, berichtet wird — festgestellt, daß sich auch der im Verzug befindliche Leistungsschuldner auf die Geldentwertung berufen könne. Das R. G. führt aus:

Auch durch den späteren Eintritt des Lieferungsverzuges des Beklagten sei dieser des Rechts der Berufung auf die Geldentwertung keineswegs schlechthin verlustig gegangen. Zwar solle der Gläubiger durch den Verzug des Schuldners keinen Schaden erleiden, aber er dürfe durch ihn auch nicht bereichert werden. Wenn der Kläger im vorliegenden Falle ziffernmäßig jetzt mehr an Papiermark zur Abdeckung seiner Kaufschuld aufwenden solle, so sei das (wirtschaftlich betrachtet) nicht ohne weiteres ein ihm durch den Schuldnerverzug zugefügter Schaden. Das würde nur dann zutreffen, wenn die Mark vom August 1922 auch wirtschaftlich noch die Mark vom März 1923 (letzte mündliche Verhandlung vor dem Berufungsrichter) sein würde. Das sei aber nicht der Fall. Ebensowenig sei die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1923 im August 1922 in dem Sinne voraussehbar gewesen, daß die Vertragschließenden ohne weiteres das sich aus ihr ergebende Risiko auf sich genommen hätten. (Urt. des Ferienzivilsenats II. 215/23 vom 6. August 1923.)

Mit dieser Entscheidung ist endgültig die Gleichung Mark = Mark aufgegeben und der Grundsatz aufgestellt worden, daß eine jede Geldsumme immer nur nach ihrem wirtschaftlichen Wert zur Zeit der Zahlung zu berücksichtigen ist. Wichtiger als die Entscheidung für das eine Spezialgebiet des Rechtslebens ist dieser aus ihr abgeleitete allgemeine Grundsatz.

Handels-Rundschau.

Vereinheitlichung der Währung der baltischen Länder. Die russischen Randstaaten sind auf dem besten Wege, eine Art lateinische Münzunion des Ostens zu bilden, da sie alle den Schweizer Franken ihrer Währung zugrunde legen. Lettland hat in seiner neuen Währung den Goldfranken als Grundlage, der neue Danziger Gulden entspricht dem Goldfranken; die polnischen Währungspläne werden ebenfalls auf den Goldfranken zurückgehen, und in Estland werden 100 estnische Mark dem Goldfranken gleichgestellt. Eine Ausnahme macht Litauen, und auch Finnland hat die frühere Grundlage des Goldfranken nicht wieder hergestellt. Um ein finanzielles Zusammenarbeiten, das eine völlige Stabilisierung der Währungen sichert, in weiterem Umfange herbeizuführen, hat kürzlich in Reval eine Finanzkonferenz stattgefunden, bei der die größten Banken von Lettland, Estland und Finnland vertreten waren. Die Beschlüsse dieser Finanzkonferenz werden in der neuesten Nummer der Danziger Handelszeitschrift „Der Osten" veröffentlicht. Diese Beschlüsse gehen darauf hinaus, die neuen Währungen zu stabilisieren und die noch daneben befindlichen Geldzeichen allmählich zu beseitigen. Sie haben ferner zum Ziel eine ständige Zusammenarbeit der Währungsbanken der Oststaaten. Eine weitere Finanzkonferenz soll demnächst in Riga stattfinden.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 10. November. Bankaktien: Bank Centralny 1.—3. Em. 100 000. Bank Poznański 1.—2. Em. 35 000. Bank Przemysłowców 1.—2. Em. 130 000. Bank Zjednoczenia 1.—3. Em. 25 000—30 000. Bank Zw. Spółek Zarobk. 1. bis 11. Em. 400 000—375 000. Polski Bank Handl., Poznań 1.—9. Em. 95 000. Pozn. Bank Ziemian 1.—5. Em. 35 000—40 000—38 000. Wielkop. Bank Rolniczy 1.—4. Em. 6000. Bank Młynarzy 10 000 bis 9000. — Industrieaktien: Arcona 1.—5. Em. (exkl. Kupon) 150 000. Bydgoska Fabryka Mydeł 1. Em. 35 000. R. Barcikowski 1.—6. Em. 35 000. H. Cegielski 1.—9. Em. 68 000—65 000. Centrala Skór 1.—5. Em. 135 000—150 000. Cukrownia Zduny 1.—2. Em. 2 800 000. Goplana 58 000—75 000. Garbarnia Sawicki, Opalenica, 1. Em. 60 000. Galwana, Bydgoszcz, 1.—3. Em. 28 000. C. Hartwig 1.—6. Em. 45 000—50 000. Hartwig Kantorowicz 1. Em. (ohne Kupon) 2700—280 000. Hurtownia Drogeryjna 1.—3. Em. 5000. Hurtownia Związkowa 1.—4. Em. 5500. Hurtownia Skór 1.—3. Em. 25 000—30 000. Herzfeld-Viktorius 1.—2. Em. 400 000 bis 420 000. Hurt. Spółek Spożywców 1.—2. Em. 25 000. Iskra 1. bis 3. Em. 100 000. Juno 1.—2. Em. 25 000—20 000. Lubań, Fabryka przetw. ziemn. 1.—4. Em. (exkl. Kupon) 3 500 000. Lew w Toruniu 50 000. Dr. Roman May 1.—4. Em. (exkl. Kupon) 2 300 000 bis 2 850 000. Młyn Poznański 1.—3. Em. 30 000. Młyn Ziemiański 1. Em. (ohne Bezugsrecht) 65 000. Mlynotwórnia 1.—5. Em. 65 000 bis 75 000. S. Pendowski 1.—3. Em. 35 000—40 000. Papiernia, Bydgoszcz, 1.—4. Em. 30 000. Patria 1.—8. Em. 40 000. Płótno 1.—2. Em. 60 000—65 000. Pozn. Spółka Drzewna 1.—7. Em. 80 000 bis 90 000. Pneumatik 1.—3. Em. 8000—10 000—9000. Spółka Stolarska 1.—2. Em. 120 000—130 000. Starogradzka Fabr. Mebli 1.—2. Em. (exkl. Kupon) 40 000. Tartak we Wrześni 1.—2. Em. 12 000. „Unja" (früher Bentzki) 1. u. 3. Em. (ohne Kupon) 500 000. Wisła, Bydgoszcz, 1.—2. Em. 550 000. Wytwornia Chemiczna 1. bis 4. Em. (ohne Bezugsrecht) 13 000—20 000. Zjed. Browary Grodziskie 1.—4. Em. 75 000—90 000. Tendenz: stark.

Akwawit, Akt.-Ges. in Posen. Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 8. August d. J. sind die Aktien der Gesellschaft „Akwawit" in Höhe von 1000 Mark umvalutiert auf 600 000 Mark. Die Aktien sind vom 15. November ab zur Umstempelung vorzulegen, und zwar im Verwaltungsgebäude der Gesellschaft in Posen, ul. Cieszkowskiego 5.

Hartwig Kantorowicz, Akt.-Ges. in Posen. Für das Jahr 1922/23 wird für eine 1000-Mark-Aktie 4000 Mark Dividende ausgezahlt. Die Auszahlung erfolgt durch die Bank Przemysłowców in Posen und deren Filialen.

R. Barcikowski, Akt.-Ges. in Posen, teilt mit, daß die ordentliche Generalversammlung am 22. d. M. in Posen in den Geschäftsräumen der Gesellschaft, ul. Składowa 13, stattfindet.

„Zegar", Akt.-Ges. in Schrimm. Für das Jahr 1922/23 wird eine Dividende von 200 Prozent gezahlt. Die Kupons werden von der Gesellschaftskasse in Schrimm eingelöst.

Herzfeld-Viktorius, Akt.-Ges. in Graudenz, zahlt für das Geschäftsjahr 1922/23 für die Aktien der 1. und 2. Emission 200 Prozent Dividende für das ganze Jahr, für die Aktien der 3. Emission 200 Prozent für ein halbes Jahr. Die Kupons werden von der Zentralkuponkasse der Bank Związku in Posen sowie von allen ihren Filialen eingelöst.

Eine polnische Stimme über die deutsche Revolution.

Die polnische Presse beschränkt sich bis jetzt hauptsächlich auf die Wiedergabe der Ereignisse in Deutschland, ohne zu ihnen Stellung zu nehmen. Nur ein Teil der Linkspresse erhebt einen Warnungsruf. So schreibt z. B. die Lodzer demokratische „Republika“ in ihrer Nr. 297 vom 11. d. M. u. a.:

„Unsere öffentliche Meinung, die mit den tragischen Ereignissen im Lande vollauf beschäftigt ist, sollte sich auch nicht einen Augenblick davon abwenden, was gegenwärtig in Deutschland geschieht, denn diese Ereignisse stehen im Zusammenhange mit den Interessen Polens. Alles, was in Deutschland geschieht, ist eine logische Konsequenz dessen, was dort bisher seit der Beendigung des Weltkrieges geschah. Fünf Jahre sind seit der Zeit verflossen, als die aus dem Kriege heimkehrenden Soldaten auf dem Wege der Revolution die deutsche Republik ins Leben riefen. Das deutsche Volk war offenbar für die republikanische Form genügend vorbereitet, dies kann jedoch nicht von seinen Führern gesagt werden. Die führenden deutschen Republikaner haben nichts getan, um ihre Position zu festigen; dagegen waren ihre Gegner energisch am Werk, die Republik zu untergraben. Auch die Tätigkeit der Kommunisten zielte darauf ab, die Republik zu diskreditieren. Doch trotz aller Unterstützung und Toleranz von verschiedenen Seiten wird sich die Rechte mit Hilfe der Diktatur in Deutschland nicht lange halten können. Es ist überhaupt zweifelhaft, ob sie dauernd zur Macht gelange. Wir werden daher Zeugen eines Bürgerkrieges werden, bei dem das Staatsruder wie ein Spielball von Hand zu Hand gehen wird. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß die miteinander flirtenden Reaktionäre und Kommunisten sich auf diese oder jene Diktatur in der Hoffnung auf die Hilfe Rußlands einigen. Bei allen möglichen Eventualitäten und Überraschungen muß Polen auf der Hut sein, und es ist geradezu bewunderungswert, daß in diesem für das Land so ernsten Augenblick Parteileidenschaften entwickelt werden, die nicht einmal vor der Entfesselung innerer Verwirrungen zurückschrecken.

Rheinische Goldmark.

Einem 21er-Ausschuß des in Barmen tagenden Rheinischen Provinzial-Landtages wurde der Plan einer Goldnotenbank vorgelegt, der bereits soweit gediehen ist, daß er der Reichsregierung mit dem Ersuchen um Genehmigung vorgelegt werden konnte. Diese Notenbank soll gegründet werden mit einem Kapital von 100 Millionen Goldmark. Die Aktien lauten auf den Namen. Träger des Unternehmens sollen die Wirtschaft und die Banken des besetzten Gebietes sein, und das Ausland, wobei die Beteiligung des Auslandes 55, die des Inlandes 45 Prozent betragen soll. Die Aufgabe der Bank soll sein, den Zahlungsverkehr zu erleichtern durch Errichtung von Goldmarkkonten und Ausgabe von Goldmarknoten und Münzen. Geschäfte mit Städten und Ländern dürfen nicht gemacht werden. Die Goldnoten sollen in kleinen Stücken ausgegeben werden, die von den Industrien abgenommen werden können und in die Kreise der Verbraucher hineingeworfen werden sollen, durch Lohnzahlungen usw. Die Beteiligung des Auslandes war Gegenstand längerer Erörterungen im Ausschuß. Es ist dabei gesagt worden, daß ohne Heranziehung des Auslandskredits der zusammengebrochene deutsche Kredit nicht wiederhergestellt werden könne.

Der Vorstand bleibt in deutschen Händen. Es ist in Aussicht genommen, den Landesbanken eine Beteiligung und ein Mitbestimmungsrecht zu geben in Form eines Sitzes im Auffichtsrat. Der Redner gab dem Wunsche Ausdruck, daß es dem Reiche gelingt, ein wertbeständiges Zahlungsmittel zu finden. Ob es aber in das Rheinland hereinkomme, sei zweifelhaft. Aber wenn dies auch geschehen würde, so bilde die Goldnotenbank kein Hindernis, denn sie würde nur entlastend wirken. „Der Provinziallandtag hält die sofortige Versorgung des besetzten Gebiets mit wertbeständigen Zahlungsmitteln für notwendig. Er erwartet von der Reichsregierung eine schleunige Entschließung über den zurzeit in Berlin vorliegenden Gründungsplan einer Goldnotenbank, mit dem er nur dann grundsätzlich einverstanden ist, falls nicht bald geeignetere Maßnahmen gefunden werden sollten.“ Der Redner schloß seine Ausführungen mit einem Treugelöbnis der Rheinlande zu Deutschland.

Hierauf wurde die Entschließung über die Goldnotenbank und folgendes von allen Parteien angenommen:

Treugelöbnis.

„Als Vertreter der Bevölkerung der gesamten Rheinprovinz, für die wir verantwortlich zu sprechen berufen sind, erklären wir vor aller Welt, **daß das rheinische Volk den umstürzlerischen Bewegungen**, die in den letzten Wochen unsaubere, unverantwortliche, zum großen Teil landfremde Elemente in die Tat umzusetzen versucht haben, **mit Abscheu und Verachtung gegenübersteht** und nichts mit ihnen gemein hat. **Dürfte das rheinische Volk handeln wie es fühlt und denkt, keiner der rheinischen Landesverräter stände mehr auf rheinischem Boden.**

Der rheinische Provinziallandtag steht nach wie vor zu dem von ihm wiederholt feierlichst bekundeten Bekenntnis, **daß die Rheinländer Deutsche sind und bleiben** und daß Deutschlands Schicksal auch unser Schicksal ist. In der Not des Vaterlandes wollen wir seine treuen Glieder bleiben, wie wir andererseits erwarten, daß die Leiden der Westmark von dem unbesetzten Gebiet bis zuletzt geteilt und gemildert werden. Eine Änderung unserer staatsrechtlichen Verhältnisse zu Preußen und dem Reich kann nur auf verfassungsmäßigem Wege in Frage kommen.

*

Eine Gegenmine gegen die Sonderbündler?

Aachen, 10. November. PAT. Dorten erließ ein Kommuniqué, in welchem er in Anbetracht der Absicht der preußischen Regierung, in Köln eine Rheinische Republik im Rahmen des Reichs auszurufen, erklärt, daß die Rheinische Regierung mit sämtlichen möglichen Mitteln die dahingehenden Bestrebungen der Agenten Berlins bekämpfen werde.

*

Düsseldorf, 10. November. (PAT.) Matthes richtete an den englischen Oberkommissar einen Protest, in dem er sich dagegen wendet, daß die englischen Behörden in Köln die Neutralität dadurch verletzt hätten, daß sie der preußischen Polizei gestatteten, Revisionen vorzunehmen und Personen zu verhaften, die der Teilnahme an der separatistischen Bewegung verdächtig sind. (Die englischen Behörden werden vermutlich diesen Protest einer Privatperson überhaupt nicht beantworten!)

Das Asylrecht der Staatenlosen.

Aus Graudenz wird uns mitgeteilt, daß der Magistrat wiederum wöchentlich eine größere Anzahl von einseitigen Optanten ausweist. Durch Verfügung vom 17. Oktober wurde eine Anzahl ausgewiesen, sodann durch Verfügung vom 24. Oktober angeblich 24 Familien.

Zwangsmaßnahmen wurden angewandt bei dem Rentier Richard Schmodde, Graudenz (Grudziądz), ul. Kilinskiego 8. Derselbe hat am 19. September die Ausweisung erhalten, daraufhin rechtzeitig Klage eingeleitet und Erlaß einer einstweiligen Verfügung beim Administrationsgericht Thorn beantragt, außerdem hatte er ein Gesuch um Fristverlängerung an den Magistrat Grudziądz gerichtet, mit der Angabe, daß er bereits 72 Jahre, seine Frau 70 Jahre alt wäre. Außerdem hat er für seine Tochter, die ebenfalls ausgewiesen wurde, zu sorgen. Dieselbe ist 30 Jahre alt und liegt schwer krank an Rückenmarklähmung. Dieses Gesuch wurde abgelehnt. Am 25. Oktober erschien ein Beamter des Wohnungsamtes in Begleitung eines Polizisten und vier Soldaten, sowie eines neuen Mieters, dessen Sachen schon auf dem Rollwagen vor der Tür standen. Der Beamte ließ durch die Soldaten sämtliche Möbel der 3-Zimmer-Wohnung, sowie der Küche, Badezimmer, Mädchenkammer in ein Zimmer stellen und erklärte, daß er nur in Anbetracht der kranken Tochter von einer sofortigen zwangsweisen Abschiebung aus Graudenz absehe, bis zum 1. November müßte er jedoch die Wohnung ganz geräumt haben, da die Sachen sonst herausgesetzt und Familie abgeschoben würde. Schmodde hat versucht, bei einem Besitzer in Kl. Lubin, Kr. Schwetz, Wohnung zu erhalten, jedoch verweigert dort der Wojt den Zuzug mit der Begründung, daß ihm dieses von der Starostei Schwetz untersagt wäre.

Glücklicher Drzymala, die warst gesund, im besten Mannesalter und hattest einen Wagen, der nicht nur zur Propaganda, sondern auch zum Wohnen benutzt werden konnte!

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 12. November.

§ **Polnische Einmillionenscheine.** Die P. K. K. P. hat am 10. November auf eine Million Mark lautende Banknoten in Umlauf gesetzt.

§ **Reservisten-Meldungen.** Die Reservisten sind verpflichtet, nach vollzogenem Ortswechsel sich sofort bei der neuen Gemeindebehörde anzumelden. Diese trägt die Veränderung in das Militärbüchlein ein, das jeder Reservist bei der letzten Kontrolle erhalten hat, und benachrichtigt davon das zuständige Bezirkskommando.

§ **Ein Mieterverbandstag** wurde kürzlich in Posen abgehalten unter Teilnahme von Vertretern der Unterverbände aus einer Anzahl von Städten, darunter auch Bromberg. Dem Verbande gehören 51 Unterverbände aus der Wojewodschaft Posen und 16 aus der Wojewodschaft Pommerellen an. Im ganzen hat der Verband 336 Klagen vor dem Mieteinigungsamt erledigt. Ein Posener Vertreter berichtete über die fruchtlosen Einigungsverhandlungen zwischen den Mieterverbänden und den Hauswirtsvereinen. Beschlossen wurde, dem Plane der Hausbesitzer hinsichtlich der Sonderwünsche für die neue Mieterschutznovelle Anträge der Mieter entgegenzustellen.

§ **Auszüge aus dem Standesamtsregister** unterliegen einer Stempelabgabe nicht; doch unterliegt der Antrag auf Erteilung einer Urkunde, ganz gleich, ob er mündlich oder schriftlich gestellt wird, einer Stempelgebühr von 120 000 Mark.

§ **Der Gastwirtsverein** beschloß in seiner letzten Versammlung, um der Not insbesondere armer Schulkinder zu steuern, seine Mitglieder zu verpflichten, je mindestens einem Kinde freien Mittagstisch zu gewähren sowie sich der Unterstützung verschämter Armer zu widmen. Die Auswahl der Kinder wird von der Lehrerschaft unserer Volksschulen erbeten und notbedürftige Kinder werden, gleichviel welcher Nationalität und Religion sie angehören, in gleicher Weise bedacht werden. Ferner wurde beschlossen, dem Verein gegen Bettelei als Mitglied beizutreten, um der öffentlichen Bettelei entgegen zu wirken.

§ **Milliardenhinterziehungen von Tabakbanderolen.** In der Nacht zum Dienstag sind hier in Bromberg in der Zigarettenfabrik „Pomorze“, Albertstraße (Garbary), Betrügereien mit Banderolenbändern aufgedeckt worden, durch die der Staat um viele Milliarden Mark geschädigt worden ist. Wir hatten von dieser Aufsehen erregenden Entdeckung **schon am Mittwoch Kenntnis, aber auf Wunsch der Kriminalpolizei veröffentlichten wir nichts, um die weiteren Nachforschungen nicht zu stören.** Nachdem aber die beiden hiesigen polnischen Blätter den Wunsch der Kriminalpolizei nicht berücksichtigt haben, indem sie am Freitag und Sonnabend Mitteilungen über die Angelegenheit brachten, liegt für uns kein Grund mehr zur Zurückhaltung vor. Die Ermittelungen der Polizei sind noch nicht abgeschlossen. Am Dienstag wurden die beiden Direktoren der Zigarettenfabrik, Skrzynecki und Kossakowski, verhaftet. Die Steuerbänder sollen nicht gefälscht, sondern in der Banderolen-Druckerei von einem Beamten unterschlagen und weiter verkauft worden sein, wobei Käufer und Verkäufer ihr Geschäft machten. Solche Banderolen sind bei der „Pomorze“ im Werte von etwa 19 Milliarden Mark beschlagnahmt worden. In welchem Umfange sich die Betrügereien auch auf andere Städte erstrecken, ist noch nicht festgestellt. —Jedenfalls haben die beiden hiesigen polnischen Blätter durch ihre vorzeitige Veröffentlichung der polizeilichen Aufklärung einen sehr schlechten Dienst geleistet.

§ **Die Witterung** hat nach den letzten trüben und feuchten Novembertagen nunmehr einen kleinen Anlauf ins Winterliche genommen, da der letzte Nachtfrost sich bis in die Vormittagsstunden hinein verlängerte, während die vereinzelten kleinen nächtlichen Fröste bisher nicht über die Nachtstunden hinausgingen. Ob diesem ersten Signal des kommenden Winters eine größere Bedeutung als Vorbote strengeren Wetters beizulegen ist, werden ja schon die nächsten Tage ergeben. Voraussagen, wenigstens auf weitere Sicht, haben kaum einen Zweck, seien sie nun günstig oder ungünstig. Die Wahrscheinlichkeitsrechnung in diesen Dingen hat ja zwar manchmal gestimmt, aber noch öfter versagt. Immerhin verzeichnen wir eine Meldung der Lettländischen Telegraphenagentur, wonach das Observatorium in Pulkowa bei Petersburg meldete, daß eine große Kältewelle sich Nordost- und Mitteleuropa nähere. Andererseits vertritt ein bekannter deutscher Meteorologe, Dr. Hennig, die Meinung, der kommende Winter werde im ganzen genommen milde ausfallen, abgesehen von wenigen kurzen strengeren Frostperioden. Er stützt diese Ansicht darauf, daß strenge Winter in der Regel nur alle fünf Jahre auftauchen, und daß wir jetzt mitten in einer solchen milden Periode stehen. Ferner sei es ein langjähriger Erfahrungssatz, daß auf kühle und feuchte Sommer kein harter und scharfer Winter folge, sondern eine Witterung, die weit eher herbstlichen Charakter trage. —

§ **In polizeilicher Aufbewahrung** im vierten Polizeirevier, Boiestraße (Wileńska), befindet sich ein grauer Herrenanzug, der aus einem Diebstahl herrührt. Der Geschädigte kann sich dort melden.

§ **Ermittelte Diebe.** Ein gewisser Josef Sikorski wurde dabei ertappt, als er bei dem Kaufmann Salomon Kaczko, Bahnhofstraße (Dworcowa) 7, einen Diebstahl zu verüben im Begriff war. — Die Kriminalpolizei nahm eine gewisse Sofie Kalete fest, die dabei abgefaßt wurde, als sie bei einem Fleischer Waren stahl. Ferner gelang es, einen Andreas Zydlewski zu verhaften, als er in einer Nacht an drei verschiedenen Stellen Diebstähle begangen und eine Ziege, acht Kaninchen und einiges Geflügel erbeutet hatte. — Eine Sofia Dolatówna hatte einen Wäschediebstahl im Werte von 30 Millionen Mark begangen. Die Diebin wurde verhaftet und die Ware ihr abgenommen. — Das Dienstmädchen Selma Goede wurde festgenommen, da sie ihrer Dienstherrschaft Garderobe und andere Sachen von hohem Werte gestohlen hatte. Die Sachen wurden bei ihr noch vorgefunden. — Wegen eines größeren Wäschediebstahls ist eine gewisse Klara Kobelakiewicz festgenommen worden. Die gestohlene Wäsche wurde bei ihr auch noch vorgefunden.

§ **Festgenommen** wurden in der Zeit vom Sonnabend bis heute 13 Personen, und zwar 9 Diebe, 2 Sittendirnen und 2 Betrunkene.

*

Vereine, Veranstaltungen &c.

Die Vorträge von Pater Dr. Muckermann finden wegen Verkehrsstörung in Deutschland am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, 13., 14., 15. November d. J. bei Kleinert statt.

Kasino-Gesellschaft „Erholung“. Sonnabend, 17. November, $8^{1}/_{2}$ Uhr, Eisbeinessen. Anmeldungen bis zum 15., Auswärtige bis zum 16. beim Ökonom. (10886

* * *

* **Inowroclaw,** 10. November. Der landwirtschaftliche Verein „Kujawien“ hielt am letzten Mittwoch im Logensaale seine Novembersitzung ab, die vom Vorsitzenden Herrn Rittergutsbesitzer Hinsch-Lachmirowice geleitet wurde. Herr Steinhof-Posen hielt einen Vortrag über Veränderungen im Kreditwesen der Posener Landschaft. Er hob u. a. hervor, daß die Landschaft eine Umvalutierung der Darlehen von deutscher auf polnische Währung beschlossen habe, so daß vom Beginn des neuen Jahres keine Darlehen mehr in deutscher Währung bestehen sollen. Dadurch wird die Möglichkeit hinfällig, daß die Landschaft jemals das Darlehen in Goldwährung wird zurückverlangen können. Gleichzeitig wird die Landschaft neue Arten von Krediterteilung einführen, u. z. auf der Basis von Roggen oder Dollars. Als Zinssatz sollen 8 Prozent und 1 Prozent Verwaltungskosten berechnet werden. Von diesen Zusatzdarlehen sollen die bisherigen Darlehen abgezogen werden, doch steht noch nicht fest, in welcher Höhe bzw. zu welchem Roggenpreise oder zu welchem Kurse die Berechnung des bisherigen Darlehens erfolgen soll. An die Ausführungen des Herrn St. schloß sich eine anregende Aussprache.

* **Kruschwitz (Kruszwica),** 10. November. Den höchsten Gaspreis im ehemals preußischen Teilgebiet, und wohl auch in ganz Polen muß man hier zahlen: Der Preis ist ab 1. November von 50 000 Mark auf 120 000 Mark für 1 Kubikmeter erhöht worden, und noch weitere Steigerungen sollen in Aussicht stehen.